Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 31.

Donnerstag den 6. Februar 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Rückzug der Regierung.

Die Mittheilungen, welche die Reichsregierung, neben den Aeußerungen vom Ministerische, durch die Kanäle der offiziellen Presse in die Öffentlichkeit bringen läßt, zeigen deutlich, daß die kühnen Hoffnungen, diesen Zolltarif zur Annahme zu bringen, auf den Nullpunkt gelangt sind. Aber das Motto dieser Regierung ist noch immer der alte fidele Trost des biedereren Herrn Karl Mathias v. Pöller: „Wenn nich' — na, denn nich'!“ Langsam bereitet die offiziöse Presse die Öffentlichkeit auf den Rückzug der Regierung vor.

Der Karren des Zolltarifs ist ja auch so in den Dreck gefahren, daß es für ihn kein Vorwärts und kein Zurück mehr giebt. Die Reichsregierung hatte sich durch den oben zirkulär beschriebenen Brodwucherergerade berart imponieren lassen, daß sie des Glaubens war, jene seien stark genug, den Zolltarif mit Hurrah durchzudrücken, zumal, da die Hochschutzzöllner der Großindustrie mit auf Seiten der Agrarier standen. Aber seit der Einbringung des Zolltarifs hat sich gezeigt, wie wenig hinter dem wüsten Lärm der Brodwucherer steht und wie schwach sie sind, wenn die Volksmasse einig und geschlossen in der Abwehr bleibt. In der Zolltarifkommission wird die Berathung noch eine endlose Zeit in Anspruch nehmen und dahinter gähnt die weite und dritte Berathung der Vorlage im Plenum, deren Ende und greifbares Resultat die Regierung vergebens abzuschätzen versucht hat. Und jetzt kommt auch noch die „unklerliche „Krenz-Zeitung“ und macht in einer für die Reichstagsjunker programmatischen Erklärung das Urtheil der extremen Brodwucherer zu dem ihrigen: die Zolltariffrage, wie sie die Regierung vom Reichstage fordert, sind unannehmlich genug. Das zeigt, daß das Bündelertum innerhalb der konservativen Partei überwiegt. Im Lande die furchtbarste Erbitterung der Proletariatsmassen, von der Linken die Obstruktion und auf der Rechten die laute Unzufriedenheit mit dem „bischen“ Zollwucherer — wie kann man es da den Bülow, Posadowsky, Pöller verdeden, wenn sie rathlos stehen und nicht aus noch ein wissen!

Die staatszerhaltende Tapferkeit gewisser Leute, die immer auf der Lauer stehen, um in Trüben zu fischen, mußte bereits melden, daß für den schlimmsten Fall die Regierung sich mit der Absicht trage, den Reichstag aufzulösen. Die Reichsregierung läßt aber jetzt durch die offiziöse Presse unbedeutend erklären, daß sie sich jenseits dieser — Kapferkeit wisse. Das Nichtzustandekommen der Vorlage ist freilich ein Schlag, aber wenn der Reichstag nicht will — „na, denn nich'!“ Zwar haben ihr die klugen Rathgeber die Bismarck'schen Beispiele von 1878 mit dem „Kontinuitätschreden“, von 1887 mit dem Franzosenchreden vorgehalten und haben gemeint, so werde sich schon eine Wahlparole finden lassen, die die Brodwucherertrage in den Hintergrund dränge; indessen ist Bülow trotz allem klug genug, um es nicht zum dritten Male mit einer Suppe zu versuchen, die dem Volke zweimal so schlecht bekommen ist, daß es nun gewiß dem Koch einen bösen Vereinnall bereiten würde.

Graf Bülow versucht zu retten, was zu retten ist, indem er seine Offiziösen anweist, den unzufriedenen Ueberwucherer auf der Rechten ins Gewissen zu reden. So muß denn die „Südd. Reichskorrespondenz“ den Brod- und Fleischwucherer als eine „Abschlagssahlung“ bezeichnen und den Junkern rathe, mit beiden Händen zuzugreifen. Sofern ihnen das Reichthum höher stehe als hohle Mehrforderungen, sollten sie zur Verständigung mit den Vertretern der industriellen Interessen, auf dem sicheren Boden der Bundesrathsvorlage die Hand bieten.

Dieses freundliche Breden nützt freilich dem Reichsanzler bei dem Gros der Agrarier garnichts mehr. Auch sie können nicht mehr zurück. Seit dem Anfange der 90er Jahre betreiben sie ihre mühe Agitation. Sie schrien zunächst nach Wiederherstellung des 5 Martz-Zolles, und die Regierung, die längst Caprivis Politik an den Nagel gehängt hatte, trat ihnen nicht entgegen. Das Schweigen ermutigte; die Agrarier wurden immer lauter, ihre Forderungen wuchsen mit der Länge der Agitation und der Zahl der Mitglieder, die sie für den Brodwucherbund einfingen. Die offensbare Schwäche der Reichsregierung gegenüber der agrarischen Agitation machte die Wangenheim, Pahn, Koesike kühn in Berechnungen bei ihrem Anhang. Der Kampf für den Brodwucherer ist heute für die Wangenheim, Dertel und Genossen auch ein Kampf um die Existenz des Bundes der Landwirthe, ein Kampf um die Erhaltung der Posten und Pöstchen, die die Bundesorganisation geschaffen. Durch die Jahre hindurch hat sich die Agraragitation auf diesen Moment der Neuregelung der zolltariflichen Beziehungen Deutschlands zum Auslande zugespitzt. Können jetzt die agrarischen Schreier nicht wenigstens den größten Theil der erweckten Hoffnungen — also mehr als die Regierung bietet

— erfüllen, so laufen die Bundesmitglieder auseinander und die mächtige Bündlerbewegung geht jenen kläglichen Weg des Verfalles, wie ihn der Antifemismus in Deutschland ja auch in wenigen Jahren gegangen ist.

Bei diesen Bündlern wird deshalb die Regierung vergeblich auf ein Einlenken warten. Ihnen aber noch über den Rahmen des vorliegenden Zolltarifs hinaus entgegen zu kommen, ist der Reichsregierung unmöglich, so sehr der Zug seines Herzens den gegenwärtigen Reichskanzler auch zu den Agrariern hinüberleitet. Der Brodwucherer kann, wenn überhaupt, so nur mit Hilfe des Zentrums fliegen, und das Zentrum hat bereits ein Paar in der agrarischen Suppe gefunden. Die Zentrumsleute sind überdies verstimmt über den geringen Dank, den sie für all' ihr Mühen als Bewilligungspartei ernten. Höfliche Verbeugungen, artige Kanzlerredensarten, aber nicht eine einzige That. Noch nicht einmal die so oft geforderte Aufhebung des Jesuitengesetzes wird ihnen glatt gewährt. Kein Wunder, daß sie nicht Lust haben, sich schwerer mit der Last des Zollwuchers zu schleppen, als die Rücksicht auf ihre von der Agraragitation berührten Wählerkreise es zwingt. So läßt das Zentrum denn erklären, daß eine Verständigung über den Zolltarif nur zu erhoffen sei, wenn man in der Hauptsache die „mittlere Linie“ festhalte, die in der Tarifvorlage bereits gezogen sei. Jedes Nachgeben der Regierung gegenüber den weitergehenden Forderungen der Agrarier bringt sie also um die Unterstützung des Zentrums.

Bei alledem aber ist noch gar nicht berücksichtigt, daß bei den Verhandlungen der Regierung mit den Vertragsstaaten die Beschlüsse wieder abgeändert werden müssen, wenn die fremden Regierungen hartnäckig sind und die Reichsregierung schließlich gezwungen ist, ihnen entgegen zu kommen. Hat dann das ganze gegenwärtige Angebot an Zeit und Kraft noch Zweck? Oder ist es nicht viel besser, erst Verhandlungen mit den Vertragsstaaten einzuleiten, und auf Grund des Resultates dann dem Reichstage neue Vorschläge zu unterbreiten?

Die Aeußerungen der offiziellen Presse zeigen, daß diese Fragen gegenwärtig die Reichsregierung beschäftigen. Tagt die Zolltarifkommission noch lange, so besteht die Möglichkeit, daß für Verhandlungen mit den Vertragsstaaten nicht mehr die genügende Zeit bleibt. Deshalb bereiten die Offiziösen die Öffentlichkeit bereits darauf vor, daß die Regierung eines Tages erklären werde, sie lege auf eine weitere Berathung der Zolltarifvorlage überhaupt keinen Werth mehr. Für die Regierung giebt es kaum noch einen anderen Weg. Nur die Furcht vor dem losbrechenden Lärm der Agrarier hält anscheinend die Regierung z. Z. noch ab, mit dieser Erklärung hervorzutreten. Sie muß sie aber schließlich doch bringen, denn an eine Annahme des Zolltarifs in seiner jetzigen Gestalt im Reichstage ist nicht zu denken. Schon bei der Berathung des Tarifs im gegenwärtigen Stadium hat die Reichsregierung vor dem einmüthigen Protest der Volksmassen kapitulieren müssen!

Damit ist freilich der Kampf gegen den Lebensmittelwucher für die Arbeiterklasse nicht beendet; er tritt nur in eine neue Phase. Der Einfluß des vereinigten Ausbeuterthums der Junker und einer Gruppe von Großindustriellen ist stark genug, um bei den Verhandlungen mit dem Auslande sich erst recht durchzusetzen. Die Kraft der Arbeiterklasse in diesem großen Kampfe um ihre Existenz darf deshalb nicht erlahmen, sie muß ihren Willen geltend machen, damit die Regierung, wenn sie zum zweiten Male mit ihrer Vorlage vor den Reichstag träte, die Brodwucherer der Mehrheit dieselbe geschlossene Opposition sich gegenüber sehen. Will die Regierung nicht die Stimme des Volkes hören, so muß eben das Volk sie von Niederlage zu Niederlage treiben, bis sie gezwungen ist, dem Willen des Volkes Rechnung zu tragen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote“.)

Berlin, den 4. Februar 1902

Der Reichstag rückt heute in der 2. Lesung des Etats des Reichsamts des Innern um drei Kapitel vor. Beim statistischen Amt wurde die neugeschaffene Abtheilung für Arbeiterstatistik, die an Stelle der Kommission für Arbeiterstatistik treten soll, ausführlich erörtert. Graf Posadowsky wiederholte seine Erklärungen aus der Kommission, wonach die neue Behörde dieselben Rechte, wie die Kommission für Arbeiterstatistik haben soll, selbstständig gesetzgeberische Vorschläge machen und Arbeiter und Unternehmer in bestimmten Fällen als Sachverständige hinzuziehen kann. Genosse Hebel bezeichnete die neue Einrichtung als einen Fortschritt auf dem Wege zu einem selbstständigen Reichsarbeitsamt. Beim Patentamt wurde neben Beschwerden gegen die bureaukratische Führung der Geschäfte durch den Präsidenten des Patentamtes hauptsächlich das Schweizerische Patentgesetz erörtert. Es läßt für In- und Ausländer Patente nur für solche Erfindungen zu, für die ein Modell geliefert wird. Chemische

Konkurrenzfabriken an der Grenze sollen sich diese Bestimmung durch Nachahmung deutscher Patente nutzbar machen. Von Schutzöllnerischer Seite wurden scharfe Maßregeln gegen die Schweiz vorgeschlagen, um sie zu zwingen, ein anderes Patentgesetz zu erlassen. Graf Posadowsky erklärte, daß bei dem nächsten Handelsvertrag mit der Schweiz eine solche Forderung erhoben werden würde. Zu den Schutzöllnern gestellte sich merkwürdigerweise auch der freisinnige Abgeordnete Müller-Weinigen. Genosse Stadthagen wies die Absicht, die Rechte eines autonomen Staates zu schmälern, entschieden zurück und betonte, daß der Erfinder den geringsten Nutzen von seiner Erfindung hätte, deren Ausbeutung in die Hand kapitalstärkterer Fabrikanten übergehe.

An dritter Stelle kam das Reichsversicherungsamt zur Verhandlung. Hier ging Stadthagen in einer großen Rede energisch gegen die Uebelstände auf dem Gebiete der Unfallversicherung vor. Er tabelte die hohen Gehälter des Ehrenvorsitzenden der Berufsgenossenschaften, das System der Vertrauensärzte mit den Unbilligkeiten für die Arbeiter, stellte fest, daß die Lasten der Unternehmer durch die Unfallversicherung sich nur auf $\frac{1}{10}$ Pf. pro Kopf und Arbeiter in der Industrie, und $\frac{1}{20}$ Pf. in der Landwirtschaft belaufen und forderte volle Entschädigung der Unfälle und Theilnahme der Arbeiter an der Verwaltung. Graf Posadowsky versprach nähere Unterhaltung über den Fall des famosen Vertrauensarztes Blasius. — Morgen wird die Berathung des Etats des Reichsmarineamts angefangen.

134. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Die Berathung beginnt mit dem aus der Kommission zurückgekommenen Tit. I des Kap. Statistisches Amt. — Berichterstatter Abg. Frhr. von Tiedemann. (Infolge der Einrichtung der neuen arbeitsstatistischen Abtheilung des Statistischen Amtes werden 12 100 Mark mehr gefordert.)

Dr. Fackelde (Fg.): Wir verlangten ein ganz neues Arbeitsamt, während es sich hier nur um eine neue Abtheilung eines schon bestehenden Amtes handelt. Festgelegt ist auch nicht die Kompetenz dieser neuen Abtheilung. Trotzdem begrüßen wir sie als Fortschritt, weil in ihr ein Organ geschaffen ist, das sich ausschließlich mit der Arbeiterstatistik zu beschäftigen hat. Wünschenswerth wäre die Hinzuziehung eines Beiraths, der zu je einem Drittel aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und neutralen Sachverständigen bestehen müßte. Die Abtheilung muß das Recht haben, selbstständig Untersuchungen vorzunehmen über bestimmte Erwerbszweige und auch Änderungen von Gesetzen vorzuschlagen. (Bravo! links.)

Hebel (SD.): Der Vorschlag der Gründung dieser neuen Abtheilung des statistischen Amtes wurde von uns zunächst mit Mißtrauen begegnet, das sich auf den schon vom Herrn Vorredner erwähnten Aeußerungen der konservativen Presse stützte. Der Herr Staatssekretär hat ja nun bei den Verhandlungen in der Kommission betont, daß den verbündeten Regierungen in keiner Weise der Gedanke nahe gelegen habe, die früheren Befugnisse der Kommission für Arbeiterstatistik nicht auch dieser Abtheilung beizulegen. Die Abtheilung soll also auch das Recht haben, Vorschläge zu Gesetzen, Abänderungen auf Grund ihrer Erhebungen zu formulieren. Es wurde auch ausgeprochen, daß Vertreter der Arbeiter-Organisationen hinzugezogen werden sollten. Freilich hatten auch wir die Beschaffung eines festen Beiraths aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern für besser. Jedenfalls erheben wir an, daß die jetzige Abtheilung einen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand bedeutet. Die Kommission wird sich hoffentlich auch über den bisherigen Rahmen hinaus z. B. mit der Statistik von Arbeiterausständen, der Lohnstatistik usw. beschäftigen. Wir betrachten die Abtheilung aber nur als ein Uebergangsstadium. Das weitere Ziel muß die Gründung eines Reichsarbeitsamtes sein. Schon die Thatfache, daß wir jetzt beinahe 14 Tage über das Reichsamt des Innern berathen, beweist, daß dies Amt zu überfüllt ist. Die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes ist deshalb dringend nöthig. (Bravo! b. d. Soz.)

Hasse (NL.) wünscht obligatorische Werthdeklaration bei der Waarenstatistik. Die Schätzung, die man jetzt anwendet, ist sehr ungenau; will man aber das alte Verfahren behalten, so muß man den Sachverständigen mehr Zeit für ihre Arbeit lassen. Es wäre auch wünschenswerth, im statistischen Amt nicht nur Juristen, sondern auch Nationalökonomien anzustellen.

Dr. Spahn (Z.) äußert Bedenken gegen einen ständigen Beirath. Besser wäre, von Fall zu Fall Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinein zu ziehen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Einen ständigen Beirath halte ich nicht für praktisch, es wäre besser jedesmal ad hoc Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzuzuziehen. Diese Abtheilung soll dieselben Rechte haben, wie die Kommission für Arbeiterstatistik. Auch soll sie eine Zeitschrift herausgeben, die in theils wissenschaftlicher, theils populärer Form die Resultate ihrer Erhebungen mittheilt. — Ich lehne es nicht ab, auch Nationalökonomien anzustellen, aber ein Nationalökonom wird dann am meisten leisten, wenn er juristisches Studium hinter sich hat — Es wird jetzt eine Dienst-anweisung ausgearbeitet, die wohl die Bestimmung enthalten wird, daß, wenn eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern der Kommission die Hinzuziehung von Arbeitgebern und Arbeitern beantragt, diese zu erfolgen hat. (Bravo!)

Direktor im Reichsamt des Innern Wermuth: Die Frage der Deklaration ist noch nicht geklärt. Es finden umfangreiche Erhebungen darüber statt. 59 Handelsräthlern haben sich dagegen ausgesprochen.

Stadthagen (SD.): Eine Statistik der Krankheits- und Sterbefälle nach Berufen wäre namentlich für die Abtheilung der Krankenversicherung eine wichtige Unterlage.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wir haben uns mit dieser Frage bereits beschäftigt, aber ohne Resultat, da die Kosten dafür zu groß sind. Wir werden aber diese Frage weiter verfolgen.

Damit schließt die Diskussion.

Titel 1 des Kap. „Statistisches Amt“ wird bewilligt.

Es folgt das Kap. „Patentamt“.

Gamp (RP): Die eines Kulturstaates unwürdige Gesetzgebung der Schweiz möchte uns zu Gegenmaßnahmen veranlassen. Eine Beseitigung dieser Schwierigkeiten wäre jedenfalls die Vorbedingung zu einem Handelsvertrag mit der Schweiz.

Dr. Paasche (RP): Die großen chemischen Fabriken an der deutschen Grenze auf Schweizer Gebiet plündern die deutsche chemische Industrie durch illoyalen Wettbewerb geradezu aus; der Schweiz muß zur Erkenntnis gebracht werden, daß sich Deutschland das nicht länger gefallen läßt. — Die Abtheilungsvorsteher der Anwaltschaften wünschen eine selbständigere Stellung.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die schweizerische Patentgesetzgebung ist für unsere Industrie sehr schädigend. Wir haben uns auch schon an den schweizer Bundesrath gewendet, der uns sagte, daß eine Ergänzung des Patentgesetzes nur durch ein Referendum bewirkt werden könne. Wenn wir mit der Schweiz einen Handelsvertrag eingehen, werden wir jedenfalls darauf dringen, daß unsere Ansprüche auf Aenderung des schweizer Patentgesetzes berücksichtigt werden. Es ist ein unerträglich Zustand, daß die in der Schweiz nachgeschmiedeten und nach Deutschland gebrachten Waaren um 20—30 Proz. billiger verkauft wurden, als die patentierten deutschen Waaren kosten. (Beifall.)

Dr. Müller-Reinigen (RP): Gerade dieser Fall beweist, wie nöthig die Union zum Schutz des gewerblichen Eigentums ist. Auch ich glaube, daß wir gegen die Schweiz vorgehen müssen. Von der ungeschicklichen Einführung der Vorprüfung in unsere Prüfungsordnung ist immer noch nicht abgegangen worden. Viele Klagen kommen mir über den Untertassenspross, den der Präsident des Patentamtes im Verkehr mit den Patentämtern anhängt. — Die große Ausdehnung der Geschäfte des Patentamtes bewirkt die Gefahr einer Unachtsamkeit in der Geschäftsführung. Die Bewerber erhalten ihre Patentanmeldungen oft in einem Zustande zurück, der an das korrigirte Schulact eines Examinens erinnert. Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, den Wünschen des Handels und der Industrie etwas mehr nachzukommen, indem er gegen falsche Beweisaufnahmen Abhilfe schafft. (Beifall.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auch ich glaube, daß die Beamten dem Interesse des Publikums dienen müssen. Vorprüfungen gehören zu den gesetzlichen Befugnissen des Präsidenten des Reichspatentamtes. Die Grundsätze über die Einheitslichkeit sind in einer Denkschrift niedergelegt, die ich dem Reichstag zugehen lassen werde.

Schrader (RP) fordert eine größere Anzahl technischer und juristischer Beamten und Sachkennner der einzelnen Branchen für das Patentamt.

Stadthagen (SD): Die Schweizer selbst haben in der Schweiz nicht mehr Recht, als die Deutschen in der Schweiz; da ist die Forderung unberechtigt, die Deutschen mehr zu schützen, als die Schweizer selbst. Deutschland liefert die Rohprodukte in die Schweiz billiger, als nach Deutschland selbst; dann ist es kein Wunder, daß die Schweizer die Waaren billiger verkaufen, als die Deutschen selbst. Unsere Patentgesetzgebung schützt nicht das geistige Eigentum, sondern den, der zuerst das geistige Eigentum eines anderen aneignet. Es ist charakteristisch, daß die Herren, die selbst so autonom sein wollen, hier in die innere Gesetzgebung eines fremden Landes ohne weiteres eingreifen wollen.

Geheimrath Haub: Von einer Aneignung der Erfinder in den industriellen Betrieben kann keine Rede sein. Ja die innere Gesetzgebung der Schweiz müssen wir nicht eingreifen.

Müller-Reinigen (RP): Den Eingriff in ein fremdes Recht habe ich nicht verlangt, jeder Vertrag bedeutet aber eine Beschränkung eigener Rechte.

v. Kardorff (RP): Als Vorsitzender der Zolltariffkommission werde ich mich dagegen widersetzen, daß Herr Gamp seinen Antrag gegen die Schweiz in der Zolltariffkommission einbringt.

Stadthagen (SD): Der Herr Regierungsvorsteher scheint bei allem richtigen Standpunkt nicht zu verstehen, daß das geistige Eigentum der Allgemeinheit und dem geistigen Urheber, nicht aber dem kapitalistischen zukommt.

Damit schließt die Diskussion.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel: Reichsversicherungsamt.

Stadthagen (SD): Ja Hellen-Rosen werden die Beiträge zu der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft auf Grund der direkten Staatssteuer erhoben. Diese Abwälzung auf die Allgemeinheit ist ungeschicklich. Dessen ich schon im vorigen Jahre auf die hohen Entschädigungen für die Ehrenvorsitzenden der Berufsgenossenschaften hingewiesen habe, sind diese Gehälter in vielen Fällen noch erhöht worden. Redner führt eine Anzahl von Ehrenvorsitzenden an, deren Gehalt im letzten Jahre bedeutend erhöht wurde. — Ich bedauere sehr, daß der Präsident des Reichsversicherungsamtes nicht hier ist, um darzutun, warum er diesen ungeheuren Zustand weiter bestehen läßt. In einem Fall ist das Gehalt z. B. von 12000 auf 16000 Mk. gestiegen. In Ehrenvorsitzenden sucht man solche Herren zu gewinnen, die einen möglichst großen Einfluß auf Behörden und Gesetzgebung ausüben. Es ist nicht, daß die Berufsgenossenschaften dies in großem Maße in Bezug auf den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes erreicht haben. — Gegen Herrn Reich hat die Anklage wegen Uebertretung gegen die Berufsgenossenschaften, bezogen durch die Annahme eines hohen Gehaltes in seiner Eigenschaft als Ehrenvorsitzender, erhoben, wurde aber in allen Instanzen abgewiesen. Ein öffentliches Interesse würde nicht anerkannt. Redner würde sich nicht erheben, da ich nicht Anrecht der Berufsgenossenschaft bin. Dieser Verlauf der Sache beweist, wie ungeheuer die Macht der Berufsgenossenschaften ist und wie sehr es nöthig ist, ihre Selbstverwaltung zu unterbrechen und die Arbeiter zu befreien. Der Antrag muß auch mit dem System der von Vertrauensärzten eingeführt werden. Wie diese Ärzte gegen die Wünsche ihres Standes und der Gesundheit verfahren, zeigt besonders ein Fall des Dr. Blasius, des Vertrauensarztes der Hugelberggenossenschaft. Einem Arbeiter Schärer war wegen Verstoß eines Fingers und vermindelter Beweglichkeit der Hand vom Prof. Dr. Sprengler, einem sehr gewissenhaften Arzte, dem Vater des herzoglichen Kronarztes in Braunschweig, eine Rente von 10 Prozent zugesprochen worden. Das Gutachten des Prof. Dr. Sprengler überreichte die Berufsgenossenschaft ihrem Vertrauensarzt Dr. Blasius und dieser erkannte, ohne den Kranken irgendwie zu berühren, auf eine Rente von 20 bis 25 Prozent, worauf dann die Rente auf 25 Prozent festgesetzt wurde. Als Prof. Dr. Sprengler dies erfuhr, leitete er in einem Schreiben an die Berufsgenossenschaft das Vorgehen des Dr. Blasius auf das Schicksal. Seine Art, ohne den Kranken zu sehen, lediglich nach dem Gutachten der Berufsgenossenschaft die Rente festzusetzen, widerspricht den juristischen Pflichten des Arztes und beweist eine Untreue gegen den Arbeiter. Sein Vorgehen würde lediglich den Zweck haben, die abhängigen Vertrauensärzte, die Rechte im Interesse der Berufsgenossenschaft möglichst herabzudrücken (Hört, hört! bei den Sozialisten.) Dr. Blasius hätte sich durch den Reichstag beschuldigen lassen, Prof. Dr. Sprengler wegen Verleumdung. Dieser wurde schließlich zu 150 Mark Geldstrafe wegen der zu hohen Rente in seinem Preise verurtheilt, das Gericht erkannte aber an, daß er in Verletzung berechtigter Interessen gehandelt habe. Ich meine, das Vergehen eines solchen Arztes, der sich in dieser Weise zum Handlanger und Heuschreck seiner Berufsgenossenschaft macht, kann nicht ohne Strafe verurtheilt werden und

das Reichsversicherungsamt hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auf die Gutachten dieses Dr. Blasius nichts mehr gegeben wird. Derselbe Arzt hat im Jahre 1894 einen Arbeiter Kränkel bei einer Untersuchung so behandelt, daß er infolge dessen in einen derartigen Gemüthszustand kam, daß er sich schließlich das Leben nahm. Das Reichsversicherungsamt ist auf Grund der Feststellungen zu dem Ergebnis gekommen, daß der Tod des Arbeiters in ursächlichem Zusammenhang mit der Behandlung durch den Dr. Blasius stand (Hört, hört! bei den Sozialisten) und hat der Witwe eine Rente gewährt. Solche gemeingefährliche Berufsgenossenschaften und Vertrauensärzte müssen beseitigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialisten.)

Die Art, wie die Berufsgenossenschaften vorgehen, spiegelt sich auch wieder in der Statistik der Unfälle, die Hände spricht von dem Tode der Arbeiter und dem Unrecht, das die Unfallversicherungs-gesetzgebung und ihre Handhabung über sie verhängt, während den Unternehmern in wachsendem Maße Millionenprofite daraus zufließen. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Toden auf dem Schlachtfeld der Industrie gewachsen. Die tödtlichen Unfälle betrafen 1896 7101, 1897 7460, 1898 7984, 1899 8124, 1900 8567 Personen; die Zahl der Schwerverletzten 1896 79 000, 1897 84 900, 1898 96 000, 1899 97 000, 1900 99 087, also 107 664 Tode und Verwundete in einem Jahre! Diese Erscheinung läßt sich darauf zurückführen, daß je mehr Unglücksfälle stattfinden, um so größer der Gewinn der Unternehmerschaft als solcher wird, und daß die Arbeiter das willkürliche Werkzeug der Berufsgenossenschaften sind. Vergleicht man die Leistungen der Unternehmerschaft auf Grund der Unfallversicherung mit den Leistungen, die sie anbringen hätte, wenn sämtliche Unfälle zur Entschädigung führen würden, so kann man berechnen, daß die Unternehmerschaft bei dem jetzigen Stande erpicht hat: 1897: 97 Millionen, 1898: 102 Millionen, 1899: 112 Millionen, 1900: 120 Millionen. Gegenüber der fortwährenden Behauptung, als ob die Unternehmer wer weiß was für Leistungen für die Arbeiter aufbringen, müssen wir prüfen, wie viel auf den einzelnen Arbeiter tatsächlich kommt. Im Durchschnitt der Jahre 1886—1899 pro Tag 1 1/2 Pf., 1900 sogar nur 1 07 Pf. Die Verwaltungskosten betragen 0,37 Pf. pro Tag und Arbeiter, so bleiben etwa 1 1/2 Pf. für den Tag übrig. Für den landwirtschaftlichen Unternehmer beträgt die Belastung sogar nur 2/10 Pf. pro Kopf und Tag. Zur Ermittlung der Ursache der Unfälle waren wir bisher auf die Statistik vom Jahre 1890 angewiesen. Endlich ist jetzt die Statistik von 1897 vollständig erschienen. Um festzustellen, wer den Unfall verschuldet hat, beruht sich aber diese Statistik auf die Auskünfte der Berufsgenossenschaften, die doch gerade ein Interesse daran haben, die Wahrheit zu vertuschen und der Unvorsichtigkeit zum Recht zu verhelfen.

Präsident Graf v. Helldorf: Herr Abgeordneter, Sie dürfen die Berufsgenossenschaften nicht solcher Thaten beschuldigen, das verstoßt gegen die Ordnung des Hauses.

Stadthagen (fortfahrend): Man hat die Nothwendigkeit einer Nachprüfung eingesehen, es sind aber weder Arbeitervertreter noch Sachverständigen zur Ermittlung der Ursachen herangezogen worden. Wir haben schon 1871 die Forderung erhoben, daß den Arbeitern voller Schadenersatz für jeden Unfall, den er mit oder ohne Fahrlässigkeit des Unternehmers im Verlaufe erleidet, gewährt werden muß. Statt dessen haben wir als Minimalabfindung die Unfallgesetzgebung erhalten. Zum Mindesten müssen wir verlangen, daß die Arbeiter an der Verwaltung theilhaftig sind, denn es handelt sich um ihr Leben und die Gesundheit ihrer Frauen und Kinder. Je mehr Unfälle, desto größer sind zweifellos die Profite, die den Unternehmern zufließen. Die Unfallhäufigkeitstabelle zeigt, daß bessere Schulen im Stande sein könnten, den größten Theil der Unfälle zu beseitigen. Vor Allem aber muß die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Die lange Arbeitszeit und die Ermüdung der Arbeiter trägt die Hauptschuld an den Unfällen. Die Knochen der Arbeiter sind keine Kurrobjecte und die Aerzte dürfen nicht begrabscht werden zu Lakaien des Unternehmertums. (Bravo! b. d. Sozialisten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich kann hier nicht über jede einzelne Rentenprüfung Auskunft geben; ich habe das Reichsversicherungsamt angewiesen, bei der Festsetzung der Renten nicht schematisch zu verfahren, sondern den Einzelfall zu berücksichtigen. Über den Fall Blasius will ich mich genau informieren. Die Vorwürfe des Abg. Stadthagen gegen den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes sind mir so schwer, als dieser auch richterliche Funktionen hat. Die Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften müssen für ihre Mähe eine Entschädigung erhalten. Ich habe angeordnet, daß die früher gezahlten Entschädigungen von neuem geprüft werden. — Redner verteidigt die einzelnen vom Abg. Stadthagen angeführten Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften. — Eine tendenziöse Aufmachung der Statistik liegt nicht vor, die Listen werden auf Grund positiver Feststellungen auf-gestellen.

Der Antrag des Abg. Dertel (R.) werden die Verhandlungen hier abgebrochen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Marsmetat.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Wahlergebnis in Döbeln-Rositz ist nach der amtlichen Feststellung für die Sozialdemokratie noch günstiger als die bisher mitgetheilten Zahlen. Wahlberechtigte waren 27 297 vorhanden, davon haben 23 486 ihr Wahlrecht ausgeübt. Gültige Stimmen wurden 23 358, ungültige Stimmen 128 abgegeben. Es erhielten Stimmen: Grünberg (SD.) 11 874, Dr. Vogel (RP.) 6129, Schöpe (R.) 5343. Grünberg ist somit mit 402 Stimmen Majorität gewählt. Den „Ordnungsparteien“ hat der Wahlausfall einen bösen Schrecken verursacht. Sie wollen nun ihre Schlappe wieder wettmachen. Am Sonntag Nachmittag fand im Hotel Sehere in Döbeln eine Versammlung der Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei mit folgender Tagesordnung statt: „Ergebnisse der letzten Wahl im 10. Kreise. Vorbereitung zur Zurückeroberung des Kreises. Gründung von Agitationsvereinen, Aufklärung der breiten Masse durch Schriften und Broschüren. Ernennung von zuverlässigen Männern in allen Städten und Dörfern des 10. Kreises.“ Was also diese Herrschaften bis zur Zeit veranlaßt zu haben glauben, das soll nun nachgeholt werden. Sie werden sich jedoch vergebliche Mühe machen.

Zu Wahlkreise Schramberg-Rippe ergibt die amtliche Zählung für Demmig (RP.) 4566, für Reventlow 3421 Stimmen. Die Mehrheit für Demmig stellt sich demnach noch etwas günstiger heraus, sie beträgt 1145 Stimmen, während sie nach den bisherigen Mittheilungen nur 1054 betragen sollte. Demmig hat 25 Stimmen mehr, Reventlow 25 Stimmen weniger erhalten, als zuerst die privaten Zählungen ergaben.

Die Zolltariffkommission des Reichstages befaßte sich Dienstag in der ganzen Sitzung mit dem § 9 des Zolltarifgesetzes, der über die Einfuhrschweine und Transporthändler handelt. Die von agrarischer und sozialistischer Seite gestellten Anträge wurden vom Grafen Posadowsky und anderen Ministern der Regierung bekämpft. In einer Abstimmung kam es noch nicht. Vor der Sitzung waren die dem Lande der Regierung zugehörigen Mitglieder, die Konserverfabrikant Herr von Langenheim (RP.), Graf

Schwerin-Bülow, v. Staubb, Graf Kanitz, die Freikonserativen v. Kardorff und Gamp, die Nationalliberalen Freytag, Hehl zu Herrnsheim und Dr. Blänkenhorn, vom Zentrum Müller (Zulba), Speck, Dr. Spahn, von den Antisemiten Gabel u. A. zu einer vertraulichen Besprechung zusammengetreten. Anscheinend haben sie nach einer Wafis geschaut auf der eine Einigung mit der Regierung zu Stande kommen kann. — Herr Hehl zu Herrnsheim theilte die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin mit, daß die von ihr veröffentlichte Nachricht, die nationalliberale Fraktion habe ihm nahegelegt, aus der Zollkommission auszuschneiden, völlig unwahr sei.

Die Agrarier drohen für den Fall, daß ihre Zollwünsche nicht befriedigt werden, wieder einmal mit der Revision ihrer monarchischen Gesinnung. Das Blatt des Grafen Limburg, die hochkonservative „Schlesische Zeitung“ schreibt:

„Der Reichskanzler muß wissen, daß von dem Werke, das unter seiner Verantwortlichkeit jetzt in Arbeit ist, das Schicksal des Reiches abhängt. Was jetzt geschieht, das entscheidet nicht bloß über ein Mehr oder Weniger deutschen Wohlstand, sondern über den Geist, den die wichtigsten Erwerbszweige und die Vaterlandes künftig in der Politik betätigen werden, über die Haupttriebe, welche unser gesamtes politisches Leben durchdringt. Uns bleibt leider kein Zweifel mehr, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung, die jetzt noch treu um die Throne steht, in antimonarchische Opposition verfallen wird, wenn die Rettung ausbleibt, die sie vom Zollgesetz erwartet.“

Bei 70 Mk. 50 Pf. Brodzoll begeisterte Monarchisten, bei 6 Mk. Antimonarchisten — der Patriotismus kann sich sehen lassen!

Einen kühnen Sufarenritt auf das wirtschaftliche Gebiet hat sich Herr v. Boddieleski, der jetzige landwirtschaftliche Minister Preußens, geleistet. Montag traß das preussische Landeskonomie-Kollegium in Berlin zusammen. Boddieleski erklärte bei dieser Gelegenheit in einer Ansprache u. a.:

Er halte es für notwendig, sich über gewisse Dinge auszusprechen, um sich zu vergewissern, daß „wir auch für die Folge gemeinschaftlich an einem Strange ziehen“. Er müsse hervorheben, daß wir uns täuschen, wenn wir glauben, daß der Zoll uns auf die Dauer hält. Der Zoll könne nur augenblicklich einen Damm aufrichten helfen. Der Zoll sei nur ein Vorübergehendes. Vor allem müsse die Aufmerksamkeit auf die Schaffung guter Verkehrswege gelenkt werden. Er habe noch nie gesehen, daß die Kultur im Dreieck spazieren geht. Sie geht nur an den guten Straßen und Verkehrswege entlang. Der allgemeine Landverkehr könne nur durch Schaffung der kleinen Leule im Osten bezeugt werden. Er werde die Aufgabe sein, eine andere Feststellung des Landes durch die Gesetzgebung zu erstreben. Viel schlimmer als die Preisbildung sei die Patentoth für die Landwirtschaft.

Der Minister schloß mit der Versicherung: „Was an mir ist, will ich thun, um mit ganzer Kraft die Interessen der Landwirtschaft zu fördern. Dafür will ich sterben, wenn ich das nicht erreichen kann.“ — Solche todesmüthige Opferfreudigkeit werden wohl selbst die Landbündler von Herrn v. Boddieleski nicht verlangen.

Die öffentliche Anklage im Elberfelder Militärbesetzungssprozeß, der auf drei Wochen berechnet war, ist schon Dienstag, am zweiten Verhandlungstage, vollständig zusammengebrochen. Auf Antrag des Staatsanwaltes waren Montag Nachmittag die sieben angeklagten freigegebenen Personen, die angeklagt sind, von zwei Generalärzten und zwei Zivilärzten untersucht worden. Dienstag bestanden diese Sachverständigen, daß bei sechs der Untersuchten der Befund genau der gleiche sei wie auf dem Loosungsschein, daß also diese sechs zweifellos untauglich waren und die vom Oberstabsarzt Dr. Schimmel begutachteten Fehler wirklich vorhanden waren. Beim siebenten Angeklagten sei dies wahrscheinlich gewesen. Auf Grund dieses Gutachtens wurde auf die ganze Beweisaufnahme (112 Zeugen und Sachverständige) vom Staatsanwalt verzichtet. Auch erklärte der Staatsanwalt, daß bei dem angeklagten Agenten Baumann und der Wittwe Dieckhoff ein Verzug nicht vorliege. Zur Ehrenrettung des Oberstabsarztes Dr. Schimmel werden Donnerstag sechs Aerzte über dessen wissenschaftliche Fähigkeit und Tüchtigkeit vernommen, da das erste Urtheil ihm jede Befähigung und Tüchtigkeit abgesprochen hatte. Der Staatsanwalt hatte auch auf diese Vernehmung verzichtet, aber die Verteidiger bestanden darauf.

Die Grenzsperr für Schweine bleibt bestehen. Die Petition des Deutschen Fleischer-Verbandes um Einfuhr von Schweinen aus dem Auslande nach Schlachthöfen mit direkter Bahnverbindung zur sofortigen Abschachtung, hat, wie die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ mittheilt, der Staatssekretär Graf Posadowsky ablehnend beschieden. Das hätten wir den Petenten voraussagen können.

Herr v. Massow, der Vater des Reichstages, hat in seiner Reichstagsrede vom 25. Januar, die ihn mit einem Schläge „berühmt“ gemacht hat, die Angriffe zurückweisen wollen, die von den Sozialdemokraten gegen die Gutsbesitzer wegen der schlechten Arbeitsbedingungen der Landarbeiter gerichtet werden. In dem Bericht des „Vorwärts“ über die Rede hieß es: „Redner hebt hervor, wie vorzüglich die Landwirthe für die Arbeiter sorgen. Ich thue das, damit die Schreierei über uns endlich einmal aufhört. (Gelächter links.) Wie vortrefflich sind unsere Arbeiter untergebracht im Gegenjah zu dem furchtbaren Wohnungselend in den großen Städten. Ich gebe meinen Leuten jährlich achtzig Zentner Getreide. Und da sagen Sie, die Leute seien nicht interessiert an hohen Getreidepreisen.“ Unser Königsberger Parteiorgan hat es sich nicht verlagern können, die Angaben des Herrn v. Massow etwas nachzuprüfen. Das, was es ermittelt hat, weicht wesentlich von dem ab, was der Herr Abgeordnete für Labian-Wehlau sagte. „Weber erhalten seine Leute achtzig Zentner Getreide, noch sind die Arbeiterwohnungen auf seinem Gute Parnehen vorzüglich. Als Herr v. Massow von der großen Getreidemenge sprach, die die Arbeiter bei ihm angeblich erhalten, konnte er nur seine Augen im Auge haben, denn die Deputanten und Knechte erhalten nur ein Viertel oder noch nicht so viel, wie er sagte. Die Insleute erhalten keine bestimmte Getreidemenge, sondern bekommen den 18. Zentner des Maschinenereidrehs. Wächst viel, verdienen sie viel; ergiebt der Druß nur wenig Getreide, erhalten sie wenig. In einem recht guten Jahre können die Leute einmal auf 80 Zentner gekommen sein, im Durchschnitt habe sie durchaus nicht so viel. Die

Maffow'sche Leute erhalten die geringe Entlohnung, die im Allgemeinen auf den Ostpreussischen Gütern üblich ist. Intellektuelle haben 40 Pfg. Tagelohn, von den Deputanten, die sie stellen müssen, bekommt der erste 35 Pfg., der zweite 30 Pfg. pro Tag, sowie je drei Pfund Korn. Der Inspektor kann sich eine Kuh und zwei Schafe halten, hat einen Morgen Kartoffelland, ein Viertel Morgen zur Wein- und Schiefer-Produktion erhalten die Leute 30 Mark Holzgeld. Verheiratete Rechte, welche einen Scharwerker stellen müssen, haben sechzehn Zentner Roggen, 72 Mark Jahreslohn, Deputat an Gerste, Hafer, Erbsen und Weizen, Viehhaltung, Ackerland und Holzgeld wie die Insleute. Die Deputanten sind ebenso gestellt, nur haben sie zwanzig Zentner Roggen und gegen 150 Mark Jahreslohn. Die Leute stehen sich also durchaus nicht besonders gut. Von den sieben Arbeiterwohnhäusern auf Parzenen sind nur in dreien die Stuben gebildet, in den übrigen vier ist nur Lehmboden vorhanden. Die Wohnung besteht für die Familie und die Scharwerker außer der Kochgelegenheit aus Stube und Kammer. Wir meinen, daß das Schlimm genug ist und einem Wohnungsbefehl gleich kommt. Der Keller der Leute ist eine in der Stube befindliche „Kauze“, d. h. ein Loch, das zugedeckt wird. Wir können versichern, daß die Parzennehmer Gütsleute durchaus nicht der Meinung sind, daß Herr von Maffow „vorzüglich“ für sie sorgt. — Der Herr hätte also besser gethan, den Mund nicht so voll zu nehmen.

Kleine politische Nachrichten. Zur zweiten Beratung des Militärkretzes im Reichstage beantragt Abg. Lehmann (FSP), in einer Resolution die verbündeten Regierungen zu ermahnen, mit allen disziplinarischen, gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß auch in Disziplinarfällen des stehenden Heeres und der Reserve das immer weiter um sich greifende, mit Religion, Moral und den Strafgesetzen im Widerspruch stehende Duellwesen beseitigt werde. Der Abg. Schöcker (FSP) brachte im Reichstage einen Antrag ein, wonach das Duell mit mindestens sechs, die Herausforderung mindestens mit drei Monaten Gefängnis zu bestrafen sei. Eine Anzahl weiterer verändernder Bestimmungen ist vorgezogen. — Wie die „Berl. Pol. Nachr.“ vernehmen, sind Schritte eingeleitet zur weiteren Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen für Unterbeamte und Arbeiter der Reichseisenbahnen. — Wie die „Kattowitzer Zeitung“ erzählt, ist dieser Tage auf sämtlichen russischen Postämtern ein vom Finanzminister gezeichnetes Bild eingetroffen, wonach auf kaiserlichen Befehl die russischen Postbeamten angewiesen sind, alle aus Deutschland eingehenden Sendungen einer besonders gründlichen Prüfung zu unterziehen. — Irdischlich war neulich die Meldung des „Vorn.“ über die sanitären Verhältnisse in Kumi (Sina). Nach der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ liegen in Kumi überhaupt keine Deutschen begraben und die Sterblichkeit der deutschen Soldaten ist eine außerordentlich geringere als in jener Notiz angegeben war. — In der ungarischen Gemeinde Sarafalva kam es anlässlich der Richterwahl zu Tumulten. Die Gendarmerie wurde angegriffen, worauf sie von der Waffe Gebrauch machte. 2 Personen wurden verwundet. — Im Bergwerk Petrolia der Salo-Lajane-Gesellschaft (Ungarn) sind infolge Explosion 20 Arbeiter verunglückt. Bisher wurden 5 Leichen gefunden. Sieben lebensgefährlich Verletzte sind geborgen. Das Schicksal der übrigen Arbeiter ist unbekannt. — Der Lemburger „Wiel XX“ (20. Jahrhundert) meldet aus Siedlee in Russisch-Polen: Am Sonnabend drangen die Schüler aller Gymnasialklassen darauf, daß der Religionsunterricht fortan statt russisch in polnischer Sprache erteilt werde. Die Fensterheben wurden zertrümmert, die russischen Religionsbücher zerrissen und zum Fenster hinausgeworfen, der Direktor erhielt mit einem Buche einen Schlag auf den Kopf. In Zamost wurde der Religionsunterricht eingestellt, weil die Schüler vom Katecheten polnischen Unterricht forderten, ebenso in Wlita und in Biala. Die Behörden haben vom Unterrichtsministerium Weisungen eingefordert. — Das Zivilgericht in Paris verurteilte den Kriegsminister auf die Klage des Oberst Piquart, diesem alle ihn betreffenden Dokumente und Briefe anzuliefern, die sich noch in den Prozess- und Unterhandlungsakten des Kriegsministeriums befinden.

Niederreich-Ungarn.

Zum Heizerstreik in Triest wird berichtet: Die Verwaltung des österrösischen Lloyd bewilligte teilweise die Forderungen der ausständigen Heizer, lehnte die verlangte Herabsetzung der Arbeitszeit im Hafen um 2 1/2 Stunden ab. Eine Verkehrsstörung ist bis jetzt nicht eingetreten.

Transvaal.

Die holländische Note und die englische Antwort. Dienstag Abend sind, wie schon angekündigt, der niederländische Vermittlungsvorschlag im südafrikanischen Kriege sowie die Antwort der englischen Regierung endlich veröffentlicht worden. Die holländische Regierung betont in ihrem Vorschlage zunächst die außerordentliche Lage, in der sich die Buren befinden. Von aller Welt abgetrennt, sei es den Buren in Europa unmöglich, sich mit den Burenverwaltern ins Einvernehmen zu setzen. Ihre vom März 1900 datierten Beglaubigungsschreiben seien noch dazu viel zu eng gefaßt. So ergebe sich denn die Frage, ob nicht ein neutraler Staat erfolgreich seine guten Dienste anbieten könnte, indem er sich darauf beschränke, Vertrauenspersonen beider Parteien in Verbindung zu bringen. Die niederländische Regierung erscheine dazu ganz besonders außerordentlich, einen solchen Dienst den in Holland sich aufhaltenden Buren-Delegierten zu erweisen. Sie schläge deshalb denselben vor, sich nach Südafrika zu begeben, sich mit dortigen Burenführern ins Einvernehmen zu setzen und mit weitgehenden Vollmachten, auf Grund deren ein Abbruch von Friedensverhandlungen möglich wäre, wiederzukommen. Wenn diesfalls mit einverstanden seien, müsse ihnen freies Geleit und die Möglichkeit geboten werden, sich mittels eines Chiffreschlüssels mit den Burenführern in Südafrika telegraphisch in Verbindung zu setzen, um den Ort einer Zusammenkunft mit denselben zu vereinbaren. Die Antwort der englischen Regierung an die niederländische soll den menschenfreundlichen Beweggründen des niederländischen Anerbietens, welches ohne Ermächtigung von Seiten der Buren-Delegierten und Burenführer gemacht sei, Anerkennung, hält jedoch ihren Entschluß aufrecht, keine Intervention einer fremden Macht anzunehmen. Die Buren-Delegierten könnten, wenn sie dies wollten, freies Geleit erbitten, die englische Regierung werde ihre Entscheidung je nach Inhalt und Begründung des Gesuches treffen. Die englische Regierung glaube nicht, daß die Delegierten noch irgend welchen Einfluß auf die Burenverwalter in Südafrika haben, und meint, daß die Regierungsgewalt in den Händen Steyns und Schall Burgers liegen. Dann sei aber das schnellste und wirksamste Mittel, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, sich in direkten Verkehr mit den Burenführern in Afrika und Lord Kitchener zu setzen, der schon den Befehl erhalten habe, jeden Vorschlag, der gemacht werde, sofort nach London zu berichten. Wenn die Burenführer unterhandeln wollten, um den Krieg zu beenden, habe die Regierung sich dahin entschieden, daß die Verhandlungen in Afrika und nicht in Europa stattfinden müßten. Die vorgeschlagene Reise der Delegierten dauere mindestens drei Monate, während welcher Zeit die Feindseligkeiten ununterbrochen verlängert würden. — Der ganze englische Hochmut kommt in dieser Antwort zum Ausdruck. Das England der Chamberlain und Kowjorken will den Frieden nicht, weil es

glaubt, sich sonst seinem „Prisage“ etwas zu vergeben. Das kleine Burenvolk soll bis zum Weibhuten gebracht werden. Nun, vielleicht kommt Hochmut auch hier bald vor dem Fall! Vom Kriegsschauplatz selbst liegen nur noch folgende wenige Meldungen vor: Nach der am Montag veröffentlichten amtlichen englischen Verteilung sind bei einem am 31. Januar bei Burgersdorp erfolgten Zusammenstoß von Panzerwagen fünf Soldaten getötet und fünf verwundet worden. — Der diesmalige Wochenrapport Kitcheners lautet: Seit dem 27. Januar wurden 29 Buren getötet, 6 wurden verwundet, 124 (meist Frauen und Kinder natürlich. Red.) gefangen genommen. 48 ergaben sich. In der Kapkolonie befindet sich ein Burenkommando in Bamboosberg. Ein anderes unter Louis Wessels im Distrikt Cradock hielt am 1. Februar einen Proviantzug an und steckte ihn teilweise in Brand.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 5. Februar.

Achtung, Müller! Ueber die St. Jürgen-Dampfmühle, Rakeburger Allee 106, ist seitens der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Müller die Sperre verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Herr Hennings „berichtigt.“ Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes fordert obiger Herr, als Geschäftsführer der St. Jürgen-Dampfmühle folgende Berichtigung:

Es ist unklar, daß in der Mühle auf Anordnung oder unter Duldung des Geschäftsführers jemals sogenanntes Fegemehl zwischen des Weizenmehl I oder ein anderes zur menschlichen Nahrung dienendes Material gemischt sei. Das in den oberen Stockwerken gemahlte Fegemehl wird vielmehr ausschließlich mit Futtergries, das lediglich als Viehfutter dient, gemengt; das im Erdgeschoß gemahlte sandige Fegemehl wird überhaupt nicht mehr verwendet, sondern weggeschüttet.

Es ist weiter unklar, daß jemals auf Anordnung oder unter Duldung des Geschäftsführers mit Weizenmehl I verlegtes Roggenfeinmehl als Roggenfeinmehl ungemischter Qualität in den Handel gebracht oder, wo eine Vermengung von Roggenfeinmehl mit Weizenmehl I vorgenommen wurde, wie solche Mischung von vielen Käufern bezogen wird, hierüber das laufende Publikum getäuscht worden sei.

Nach dieser „Richtigstellung“ wäre ja Herr Hennings der reine Engel. Auf Grund der von uns eingezogenen Erkundigungen bei mehreren dort beschäftigt gewesenen Leuten erklären wir aber sämtliche in obiger Richtigstellung enthaltene Behauptungen für vollständig unklar. Wir halten unsere Behauptungen voll aufrecht und konstatieren nochmals, daß sämtliche Fälschungen und ekelerregenden Mischungen auf ausdrückliche Anordnung des Hennings und unter seiner Duldung erfolgt sind. Uebrigens sollen die tatsächlichen Feststellungen, welche vom Polizeiamt gemacht sind, bereits der Staatsanwaltschaft mitgeteilt sein, sodaß die Sache noch ein strafrechtliches Nachspiel haben wird. Was sagt Herr Hennings nun? Seht hat er das Wort!

Achtung, Drechsler! Nachdem erst vor 14 Tagen der Streik bei der Firma Worms in Leipzig beigelegt worden ist, hat die Firma neuerdings 2 Drechsler gemahregelt, was die Kollegen veranlaßte, wieder die Kündigung einzureichen. Die dortigen Kollegen eruchen die Lübecker um strengste Fernhaltung des Zuguges, weil sie befürchten, daß ein gewisser Drechsler Weinberger von hier, der vor kurzem dort in Arbeit getreten ist, noch mehrere Kollegen nach dort lockt. Die Lokalverwaltung des Holzarbeiterverbandes bittet die Kollegen dringend, Obiges zu beachten.

Die letzte Bürgerschafts-Versammlung hatte eine reichhaltige Tagesordnung — 10 Punkte — zu erledigen. Dennoch war dieselbe beim Beginn nur mäßig besucht, erst gegen 11 Uhr füllten sich die Plätze. Die Verhandlungen begannen mit Bewilligung von 270 000 Mk. für das todtgeborene Kind Lübecks, den Elbe-Travelkanal. Vergegenwärtigt man sich die ungeheuren Kosten derselben und stellt dem die geringen Vortheile, welche Lübeck bis jetzt von dem Kanal gehabt hat, gegenüber, dann drängt sich jedem objektiv Urtheilenden mit Macht die Ueberzeugung auf, daß trotz aller Schönfärberei von Seiten der Freunde des Kanals dieser seinen Zweck verfehlt hat. Der Trost, daß der Kanal in Zukunft schon seinen Zweck erfüllen werde, ist zwar recht billig, wird aber wohl in absehbarer Zeit nicht zur Verwirklichung gelangen. Der Mann mit dem reinen Gewissen, unser lieber Heise, benutzte die Gelegenheit, um das Verhalten des Bundesrathsbevollmächtigten Dr. Klüggmann im Reichstage nochmals in den bekanntesten süßen Tönen zu kritisieren; zu einem scharfen Worte, daß in diesem Falle aber sehr berechtigt gewesen wäre, konnte er sich nicht aufschwingen. Trotz des zahmen Protestes sah sich Senator Eschenburg zum Versuch veranlaßt, seinen Schützling reinzuwaschen; dieses gelang ihm jedoch nicht. Die Gründe waren, wie Pape recht treffend bewies, so fadenscheinig, daß man sofort erkennen konnte, woran man war. Der kleine, sanfte Heinrich (Dr. Görz) konnte von Glück sagen, daß er bei Erörterung des ersten Punktes nicht anwesend war, denn sonst hätte er sich eine Absuhr von Pape geholt, die ihn, der sich bei jeder seiner Reden als Schaupielar fühlt, vielleicht wie ein Witz aus heiterem Himmel getroffen hätten. So mußte Pape sich abermals eine kurze, aber scharfe Bemerkung bezüglich der Anzählungen Dr. Görz' in der vorletzten Versammlung beschränken. Er kennzeichnete den nationalliberalen Helben in kurzen Worten so treffend, daß der Wortführer einer Hüge ertheilte. Nach unserer Meinung wäre diese Hüge weitaus angebrachter gewesen bei den Anzählungen des sehnstüchtig nach dem Senatorfessel blickenden Dr. Görz.

Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die fernere Subventionierung des Stadttheaters auf fünf Jahre. Bisher erhielt die Aktiengesellschaft Casino insgesamt keine jährliche Subvention von 23 000 Mark incl. Besetzung, der Senat beantragte, dieselbe auf insgesamt 31 000 Mark zu erhöhen. Ein Antrag Dr. Meyer, des Theaterarztes, wollte diese auf 35 000 Mark erhöhen, wie es seitens des Theaterdirektors gewünscht wurde. Letzterer harrete auf der Tribüne sehnstüchtig der Dinge, die da kommen sollten, die aber nicht kamen. Als anfänglich Dr. Meyer in langer Rede seinen Antrag vertrat, da schien es fast, als ob die Mehrzahl der Mitglieder für eine höhere Subventionierung zu haben seien. Ihr Enthusiasmus aber

verfloß plötzlich, als Senator Eschenburg erklärte, daß Hand in Hand mit einer höheren Subvention auch eine Erhöhung des Steuerzuges erfolgen müsse. Uebrigens waren die Ausfichten, die der Senator bezüglich der Finanzverhältnisse entrollte, äußerst trübe. Auch hier ist Ebbe in der Kasse! Daß dann aber seitens des Senates im Vorjahre noch 5000 Mark für die Hauptversammlung der Kolonialfeste hergegeben worden sind, zeugt — gelinde gesagt — gerade nicht von einer großen staatsmännischen Weisheit. Aber dem Staat geht es genau so wie dem Verschwender, er fängt erst an zu sparen, wenn es nichts mehr zu sparen giebt. Trotz der Erklärungen des Senators glauben wir noch nicht recht an eine Erhöhung der Steuern, wir vermuthen in derselben vielmehr nur einen Schreckschuß. Daß seitens des Senators Eschenburg nicht mit eingestimmt wurde in die Vobeshymne auf den Theaterdirektor, berührte angenehm, inwiefern man so etwas gar nicht mehr gewohnt ist. Die Liebenswürdigkeit mancher Bürgerschaftsmitglieder ging sogar so weit, daß sie trotz der Erklärungen des Direktors, daß er mit dem Senatsantrage einverstanden sei, noch über diesen Antrag hinausgehen wollten. Trotzdem man erklärte, nur im Interesse der Stadt zu handeln, wenn man der höheren Subvention zustimme, scheinen doch einige persönliche Interessen mit maßgebend gewesen zu sein bei dieser Stellungnahme. Seitens des Senators Dr. Klügg wurde dieser Ansicht auch in nicht mißverständlicher Weise Ausdruck verliehen. Trotzdem der 1. Staatsanwalt Dr. Wendt, der sich zweifellos selbst sehr gerne reden hört und häufig aus der Mücke einen Elephanten macht, unter großer Anwesenheit den Antrag Dr. Meyer warm empfahl, wurde derselbe dennoch abgelehnt. Und mit vollem Recht! Unserer Anschauung wäre entsprochen worden, wenn man die Subvention unter den heutigen Umständen ganz gestrichen hätte. So lange das hiesige Stadttheater nur eine Stätte der Bildung für besser situierte Leute ist, solange dort nicht zu billigen Preisen auch dem minder gebildeten Manne verständliche, dem Volksempfinden entsprechende Stücke gegeben werden, solange sind wir Gegner jeglicher Subvention an das Stadttheater. Vor der Abstimmung entspann sich eine äußerst heftige Geschäftsordnungsdebatte, hervorgerufen durch Pape, der es nicht mit der Geschäftsordnung für vereinbar hielt, daß auch Interessenten sich an der Abstimmung beteiligten. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich wieder einmal, wie unlieb den Herren Pape ist; sie können eben die Wahrheit, die ihnen von diesem Manne manchmal in recht derber Weise gesagt wird, nicht vertragen. Nun, auch andere Leute im deutschen Reiche leiden an dieser Krankheit.

Aus den weiteren Verhandlungen sei noch kurz erwähnt, daß für Travemünde, das man fast mit dem Namen Spielernest bezeichnen möchte, ca. 32 000 Mark verausgabt werden sollen, und daß man das Sechsfache des realen Wertes an Bodenspekulanten bezahlt. So wirtschaftet man trotz der ungünstigen Finanzlage mit den Steuergroschen des Volkes! Man wirft hier direkt 32 000 Mark dem Budepublikum, also den oberen Zehntausend, in die Arme. Es ist fürwahr herrlich eingerichtet in unserer Vaterstadt; für die Arbeitslosen hat man keine Mittel übrig, den Reichthümern aber schafft man auf Kosten des Volkes immer neue Annehmlichkeiten.

Zum Schluß sei noch des nochmaligen Zusammenstoßes Pape's mit dem Wortführer, sowie der Genehmigung der Anschaffung eines Benzin-Motorbootes für den Hafenpolizeidiens Erwähnung gethan. Um 12 Uhr 20 Minuten war die heisse Sitzung beendet und die Mitglieder konnten sich im Rathswinkel von ihrer anstrengenden Arbeit erholen.

Jahresbericht der Zahlstelle Lübeck I des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1900: 532. Durch den Tod sind uns im verflohenen Jahre 6 Mitglieder, davon einer durch einen Unglücksfall, entzogen worden. Ausgetreten sind 19, in andere Verbände übergetreten 3 Mitglieder, zum Militär eingezogen wurden 2 Kollegen. Als Schuldner gestrichen werden mußten 22; abgereist sind 53, zugereist aus anderen Orten 15 Kollegen. Von anderen Verbänden traten über 2; außerdem traten 4 vom Militär entlassene Mitglieder wieder in ihre alten Rechte ein. Aufnahmen fanden 48 statt. An Versammlungen wurden abgehalten: 22 regelmäßige Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung. Wissenschaftliche Vorträge wurden in denselben gehalten 3. Der Versammlungsbesuch war ein sehr minimaler, die höchste Besucherzahl betrug 123, die niedrigste 31; in Prozenten ausgedrückt 25 und 6 Prozent von der Lokalverwaltung wurden abgehalten 15 Vorstandssitzungen, hiervon 5 mit anderen Verbänden; ferner nahm der Vorstand an 2 geschlossenen Kartell- und einer Bauarbeiter-schutzkommissions-Sitzung teil. Lohnkommissions-Sitzungen mußten 16, darunter 3 gemeinschaftliche, abgehalten werden. Die Korrespondenz war im verflohenen Jahre folgende: Abgesandt wurden 68 Briefe, 54 Postkarten und 15 sonstige Sendungen. Eingegangen sind 39 Briefe, 14 Postkarten und 9 sonstige Sendungen. Eine Arbeitslosenzählung wurde am 15. November auf Beschluß des hiesigen Gewerkschaftskartells vorgenommen; es beteiligten sich hieran 252 Kollegen, welche einen Verlust von 1342 Arbeitstagen zu verzeichnen hatten. Eine Statistik-Karte Nr. 1 wurde vom Hauptvorstande an alle Mitglieder verausgabt, doch wurde dieselbe nur von 203 Kollegen ausgefüllt. Wüßten doch die Mitglieder mehr Werth auf statistisches Material legen und die Karte Nr. 2 gewissenhafter ausfüllen und absteuern! Die Einnahme an Marken betrug insgesamt 4788,80 Mk. Unterstützungen wurden gezahlt beim Streik der Kohlenarbeiter an 11 und bei der Ausperrung auf der Kochschen Schiffswerft an 21 Kollegen. Ferner wurden auf Sammelkästen für drei hilfsbedürftige Kollegen 56 Mk. gesammelt. Wenn auch in diesem Jahre kein Zuwachs der Zahlstelle stattgefunden hat, so muß doch wohl mit Recht anerkannt werden, daß bei einer so schlechten Konjunktur, wie sie in diesem Jahre in der Baubranche gewesen ist, die Mitglieder ihre Klassenlage begriffen haben, und treu zu ihrer Organisation standen. Wüßten sie auch fernerhin ihrer Pflicht als Klassenbewusste Arbeiter nachkommen!

Von der Bauarbeiter-Schutzkommission wird uns geschrieben: „Schon seit 3 Jahren ist es mehreren Sachleuten aufgefallen, daß am Thurm der Marienkirche ein Bock und eine Strickleiter hängen; da nun wohl angenommen werden muß, daß diese Geräthschaften bei etwaigen Reparaturen wieder benutzt werden sollen, so ist ein Zweifel

in Bezug auf Haltbarkeit dieser, seit 3 Jahren unausgesetzt den Witterungseinflüssen preisgegebenen Sachen wohl berechtigt und wäre zu wünschen, daß bei diesen ohnehin schon sehr gefährlichen Arbeiten dem Gerüst- und Leitermaterial eine außerordentliche Aufmerksamkeit gewidmet würde. Die Folgen eines Unglücksfalles, welcher durch solches Material herbeigeführt würde, mag man nicht ausdenken. Der Block und die Leiter sollen dem Thurmbeder Kupfert gehören."

-o- Zirkus Varieteé. Der zehnte Spielplan, der bis zum 16. Februar unsere Varieteé-Bühne vor dem Hofstheater beherrschen wird, bringt, was sicherlich vielen hochwillkommen sein wird, ein "lustiges Karnevals-Programm." Von den einzelnen Nummern sind an erster Stelle Maximilian und Piere T hier zu nennen, die vier Ziegenböcke in Freiheit dressiert vorkommen. Die Tiere sind zum in allen Gängen der "hohen Schule" und leisten als Entertainer und Akrobaten ganz Hervorragendes. Zweifelloß ist es eine der besten Dressur-Nummern, die unser Varieteé bisher geboten hat. Der "Weltmiser", Harry Hopkins, stellt in 10 Minuten 25 verschiedene Personen dar, darunter Dewet und Krüger, sowie ihren Wiberpart Chamberlain, dessen Bild mit eisiger Kälte. Pfeifen und Pföhen aufgenommen wurde. Zum Schluß mißt der Künstler Napoleon I. vor dem brennenden Wotan: eine Schannummer, die des Weifalls stets sicher ist. In dem komischen Akrobaten-Jongleur Mr. Sirona mit seinen ausgezeichneten Jongleur-Künsten hat das Varieteé eine sehr tüchtige Kraft auf diesem Gebiete gewonnen, eine Kraft, die endlich einmal auch völlig Neues bietet; besonders seine Ballspielereien sind ganz ausgezeichnet. Nicht weniger Rühmliches läßt sich von dem musikalischen Transformations-Komödianten Boro sagen, der es fertig bringt, die Musik einer ganzen Regimentskapelle zu imitieren. Franz und Richard Worder parodieren in gelungener Weise Opern und Operetten, wobei nur zu bedauern ist, daß die Stimme der Dame einiges zu wünschen übrig läßt. Die Kostüm-Soubrette Clara Segall verfügt über eine zu kleine Stimme und kann sich infolgedessen nicht in wünschenswerthem Maße zur Geltung bringen. Besser übrigens als die Gesänge gefielen uns ihre regitrierten "Großstadtbilder im Uebertrickstil"; solche Kostüme sind es denn, der höhere Anforderungen an ein Varieteé stellt. Das Publikum, das, als wir am Sonntag das Varieteé besuchten, sehr zahlreich erschienen war, nahm die Darbietungen der Künstler mit lebhaftem Beifall auf. Kommen Freitag Abend hat, wie wir erfahren, Heinrich Kaluberger, der langjährige künstliche Leiter unserer Varieteé-Bühne, sein Benehmen. Zweifelloß werden es sich die vielen Freunde des Benefizianten, die er sich im Laufe seiner Direktionsführung erworben hat, nicht nehmen lassen, recht zahlreich zu erscheinen, um ihm ihre alte Anhänglichkeit aufs Neue zu beweisen.

Vom Hafen. In der verfloßenen Woche gelangten auf dem Seewege 16 Dampfer und 3 Segler und auf dem Kanalwege 7 Fahrzeuge nach hier. 1 Dampfer hatte Kohlenladung an Bord. An lebendem Schlachtvieh wurden 35 Kinder, davon 6 von Schleswig-Holstein und 1 Kalb eingeführt. — Die Zahl der im Januar in den hiesigen Hafen gekommenen Seeschiffe beträgt 90.

Seepiraten haben in letzter Zeit häufiger in hiesigen Hafen anliegenden Seeschiffen einen Besuch abgestattet, so u. A. dem jünlich Segler "Wotan" und dem schwedischen Segler "Krey Woggerin." Auf beiden Schiffen war Proviant und Inventar vollständig wild durcheinander gewühlt und theilweise auch jämmtliche Aufstehthüren zertrümmert. Auf erstem Schiffe haben die Piraten sich verschiedene Sachen angeeignet, auf letzterem ist jedoch keine Entwendung zu verzeichnen. Hoffentlich gelingt es bald, der Thäter habhaft zu werden.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Gelegentlich der Beratung der Subvention in der Bürgerchafts-Berathung wurde von einem Mitgliede angeregt, Sonntag-Nachmittags-Vorstellungen zu ganz billigen Preisen einzurichten. Die Direktion glaubt dem Versuch machen zu müssen, dieser Anregung zu folgen, und veranstaltet deshalb am Sonntag zu ganz billigen Preisen die Uebersetzung des historischen Schauspiels "Prinz Friedrich". Sämmtliche Sitzplätze im 1. Rang kosten 1,25 Mk., im 1. Parquet 1.— Mk., im 2. Rang-Balkon und 2. Parquet 75 Pf., 2. Rang-Loge 60 Pf., Parterre 50 Pf., 3. Rang 30 Pf. und Gallerie 20 Pf. Es ist selbstverständlich, daß diese Einrichtungen nur beibehalten werden kann, wenn von derselben ein vielseitiger Gebrauch gemacht wird. — Zum 1. Male in dieser Spielzeit gelangt Donnerstag "Die Zauberflöte" zur Ausführung. Freitag wird die Mascagnische Oper "Cavalleria rusticana" gegeben, welcher der beliebte einaktige Schwank "In Civil" von Gustav Kadelburg vorausgeht.

Schöffengericht. Die "Schöne" aus der Breitenstraße, deren Festnahme kürzlich erfolgte, wurde am Dienstag zu 3 Wochen Haft und Ueberweisung verurtheilt. Die holde Fee hatte sich den Namen Gertrud von Teschen beigelegt, trug aber nur einen gewöhnlichen bürgerlichen Namen D. — Wegen Entwendung eines gefüllten Brodteigs von einer Hausthür in der Moiskinger Allee wurde der Knabe Sch. zu 3 Mk. Geldstrafe, eventl. 1 Tag Haft, verurtheilt. — Trau, schau, wem? Der Lagerist N. ließ sich von einem Reifevollegen dessen Paletot, um sich in Lübeck nach einer passenden Stellung umzusehen. Er zog es jedoch vor, mit dem Kleidungsstücke nach Hamburg zu fahren und dasselbe dort zu verzeihen. 3 Wochen Gefängnis sind die Folge. — In ähnlicher Weise um 4 Mk. gebracht wurde der Arbeiter B., der den genannten Betrag dem Bauarbeiter L. zur Aufbewahrung übergab. Als B. später sein Geld zurückforderte, bestritt L., dasselbe erhalten zu haben. Er wurde jedoch im Termin überführt und erhielt drei Monate Gefängnis.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Aussperrung der Zimmerer in Goldberg (Mecklenburg) dauert fort. Es waren Unterhandlungen angebahnt, die jedoch fehlgeschlagen sind. — Die Bauarbeiter in Preetz haben mit den Unternehmern ohne Kampf eine Einigung erzielt, daß ein Stundenlohn von 45 Pfennig (bisher 40 Pf.) für Stadtarbeit und 30 Pf. Zuschlag pro Tag bei Landarbeit gemährt wird. Dieser neue Tarif tritt mit dem 1. April in Kraft und ist für 2 Jahre festgelegt. Es handelt sich jetzt noch um die Lohnerhöhung der Bauarbeiter. Bis dato ist hier eine Einigung noch nicht erzielt worden, da die Unternehmer diese Organisation nicht anerkennen wollen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die Strafkammer in Flensburg verurtheilt den Zahnarzt Wolf wegen Zweikampfes mit Säbeln mit dem Augenarzt Dr. Bergemann, bei welchem beide Parteien Verwundungen erlitten, zu 4 Monaten Festung. Der Staatsanwalt beantragte 8 Monate Festung. — In Heide wurde die Geliebte des Schöo am Sonnabend verhaftet, als von letzterem eine Depesche eintraf, sie solle sofort alle gestohlenen Gegenstände, die bei ihr untergebracht waren, verkaufen und das Geld nach Köln senden. — Die elektrische Bahn Hamburg-Harburg wird am 1. April eröffnet werden. — In

Altona stürzte ein 12jähriger Knabe beim Schlittschuhlaufen zu Boden und brach sich das Genick. — Weil sein Sohn der Thäterschaft an dem vor einigen Wochen verübten Mord an dem Arbeiter Junge verdächtig ist, erhängte sich in Krantsand a. Elbe der Arbeiter Marx. — Am Sonnabend wurde in Geestemünde ein Arbeiter von einem Hochbinderzug überfahren und getödtet. — Großes Aufsehen erregt in Oldenburg die Wiedereröffnung des früheren Auktionators Calberla. Im vergangenen Jahre vertrachteten dessen verzeigte Unternehmungen, von denen namentlich die Tegelse Maschinenfabrik und die Osterbürger Bohrungen von Bedeutung sind. Calberla, der mit sehr vielen Deuten, besonders auch mit den sogenannten kleinen Deuten, Geldgeschäfte betrieb, wurde damals unter den Verwünschungen seiner zahlreichen Gläubiger verhaftet, aber bald darauf wegen "Gesundheitsrückichten" wieder entlassen.

Hamburg. Das Ehedrama in der Lindenallee. Das Schwurgericht verurtheilte am Dienstag kurz nach 12 Uhr Nachts den Schiffsheizer Schröder wegen Ermordung seiner Ehefrau durch einen Revolvererschuß zu 10 Jahre Gefängnis. Schröder wollte sich selbst nach der That durch einen Schuß in den Mund tödten, wurde aber daran verhindert.

Kiel. Ein Marineleutnant wegen Sittenvergehens verurtheilt. Nach einem Privattelegramm der "Kieler Zig." verurtheilte das Oberkriegsgericht der Ostsee Station in seiner zu Danzig erfolgten Sitzung den Leutnant zur See Otto Jobst vom Küstenpanzererschiff "Aegir" zu sechs Wochen und zwei Tagen Gefängnis und Entlassung aus dem Dienst. Der Verurtheilte war vom Kriegsgericht wegen Beleidigung, beziehungsweise vorchriftswidriger Behandlung Untergebener in vier Fällen, davon zwei im Dienst begangen, mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden. Gegen dieses Urtheil legten sowohl der Angeklagte als auch der Gerichtsherr Berufung ein, ersterer wegen der Bestrafung, letzterer wegen der Strafmäßigkeit. Beide Sektionen, die der ersten und der zweiten Instanz, fanden wegen Besorgnis der Gefährdung der Sittlichkeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Herr Leutnant hat mit Marineoldaten Unsitlichkeiten getrieben.

Geestemünde. Wegen grundloser Berufserklärung verurtheilt worden ist nun endlich doch die Firma G. Seebeck & Co. in der bekannten Klagesache des Maschinenbauers Gapa. Wie letzterer aus Kiel mittheilt, hat das Bremer Landgericht seiner Berufung gegen das abweisende Urtheil des Amtsgerichts Bremerhaven stattgegeben und die Firma für schadenersatzpflichtig erklärt. Ueber die Höhe des Anspruchs soll vor dem Amtsgericht Bremerhaven verhandelt werden. Das Klageobjekt beträgt 200 Mk. Der Kläger war bekanntlich bei der Aussperrung im Winter 1900/1901 von der Firma mit auf die schwarze Liste gesetzt worden, obwohl er mit den Aussperrten keine Gemeinschaft hatte, nicht Posten stand, keine Unterstützung erhielt, ja nicht einmal Verbandsmitglied war. Wo er um Arbeit anhielt, wurde er abgewiesen, weil er auf der schwarzen Liste stand.

Dienstag Morgen 2 1/2 Uhr entließ ich mich nach schwerem Leiden meine liebe Frau und meiner Kinder liebevolle Mutter und Schwiegermutter

Elisabeth Jürss geb. Böse

in ihrem fast vollendeten 48 Lebensjahre. Auf herrnhaft von den Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Freitag den 7. Februar, 2 Uhr, vom Trauerhause, Sedanstraße 2a, aus statt.

Zu veranlassen zum 1. April eine Wohnung, 3 Zimmer, Keller und Stall.

Näheres Schwartzener Allee 90a. II

Kleine Wohnung zu vermieten
Näheres C. Storm, Fadenburg.

Arbeitslose

werden gesucht zur Vertheilung von Reclamezetteln.
Abend Donnerstag 9 Uhr
Klingenberg 3.

Eine dreiflammige Maschine
zu verkaufen
Schönhauserstraße 9

Ein guterhaltener Kindersportwagen
zu kaufen
Wildestraße 27, I.

Verloren ein Paar Pelzmantelsetten ohne Futter. Abgegeben gegen Belohnung
Friedrichstraße 6, I.

Achtung!

Herren-Sohlen 1,50 Mk.
Damen-Sohlen 1,10 Mk.
Ellerbrook 14. Ellerbrook 14.

Arbeiter- Radfahrer- Verein Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag den 6. ds. Mts.
Abends 9 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.
Der Vorstand.

NB. Das Festmahl wird erspart, präzis 8 Uhr, anwesend zu sein.

Socialdemokratisches Reichstags-Handbuch

von Max Schippel, Mitglied des Reichstags.

Ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der deutschen Reichspolitik.

— Für Jedermann unentbehrlich. —

Erscheint in ca. 35 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Eduard Bernstein:

Zur Geschichte und Theorie des Socialismus.

Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Möbelkäufern

empfehle ich mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter

Möbel jeder Art.

Folckers' Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Männer- und Frauen-Sterbe-Kasse "Anicitta".

General-Versammlung

am Sonnabend den 8. Februar
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Jahre 1901. 2. Wahlen.
3. Berichtendes.

Der Vorstand.

Leere Farbetonnen

hat abgegeben

Friedr. Meyer & Co.

Zimmerer

Verammlung

am Donnerstag den 6. Februar

Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung:
II A:

1. Neu-Einrichtung und Umgestaltung der Colportage.

2. Jahresbericht.

Der Vorstand.

Miethe-Quittungs-Formulare

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

Club Fidelitas.

Am Sonntag d. 9. Febr.

Masken-Ball

in samtl. Räum des Tivoli

Totalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Ende Morgens 4 Uhr.

Von 6—8 Uhr Tanz für die Zuschauer. Eingang: Gewerbevereinsaal. Von 7—8 Uhr: Versammlung der Masken. Eingang Königsporte.

Präzise 8 Uhr: Maskenzug.

Fremden-Karten sind bei den Herren F. Nagel, Markt 14; E. Schneider, Kupferstraße 19; E. Radtke, Mühlenstr. 11, beim Kassenführer F. Callies, Glockengießerstraße 48, I. und an der Kasse zu erhalten.

Erwachsene Mitglieder-Kinder haben ihre Karten nur 5 im Kassenführer zu lösen.

NB. Schulpflichtigen Kindern und fremden Biertrinkern ist der Zutritt nicht gestattet. Die Maskenarderober des Herrn Bittenle am Ballabend daselbst im Hause. Der Vorstand.

Circus Varieté.

Großer Erfolg!!

Das lustige Carnevals-Programm

Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Freitag:

Zur Feier der 1000. Vorstellung

Beneiz- und Ehren-Abend

für Herrn Kalberg.

2 Musikanten — 3 neue Debuts.

Der Verkauf der Billette hat begonnen.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 6. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr.
107. Abon. Vorst. 129. Vorst. 17. Donnerst.-Ab.

Zum 1. Male in dieser Spielzeit.

Die Zauberflöte.

Freitag den 7. Februar. Anfang 7 Uhr.
108. Abon. Vorst. 130. Vorst. 19. Freitags-Ab.

Cavalleria Rusticana.

Oper in 1 Akt von Pietro Mascagni.

Vorher:

In Civil.

Schwank in 1 Akt von Gustav Kadelburg.

Redaktions-Bericht: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Artikel "Lübeck und Nachbargebiete" sind die mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung.

Redaktion: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 31.

Donnerstag den 6. Februar 1902.

9. Jahrgang.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. 2000 Arbeiter der Weberei van Heet in Enschede (Holland) streiken seit Montag. Heet lehnte die angebotene Vermittlung des holländischen Ministers ab.

Die Zahl der Arbeitslosen, welche bisher bei der Stadtverwaltung in Düsseldorf um Arbeit nachsuchten, beträgt bereits über 1100, doch wird sich diese Ziffer wohl noch erhöhen. Viele Stellenlose, namentlich jüngere und unverheiratete Arbeiter, sind bereits nach auswärts verzogen.

Die neulichen Mittheilungen über die Bekanntmachung des Bundesraths, betreffend die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften bedürfen noch einer Verichtigung. Es fallen in der Woche, in welcher der Ruhetag von 24 Stunden zu gewähren ist, nicht alle 7 Ruhezeiten, sondern nur eine derselben weg. Die Beschäftigungsdauer gestaltet sich demnach so: In einer resp. in kleineren Orten in zwei Wochen 7 Ruhezeiten zu 8 Stunden und eine in die Tageszeit fallende Ruhezeit von 6 Stunden, also zusammen 62 Stunden, so daß die zulässige Beschäftigungsdauer einschließlich der kleineren Pausen 106 Stunden beträgt; in der nächsten Woche 6 Ruhezeiten zu 8 Stunden und 1 zu 24 Stunden, also zusammen 72 Stunden, folglich die zulässige Beschäftigungsdauer 96 Stunden.

Eine interessante Lohnstatistik für das Königreich Sachsen läßt sich aus der Klassifizierung der Versicherten zur Invalidenversicherung berechnen. Nach dem eben erschienenen Geschäftsbericht der Versicherungsanstalt Königreich Sachsen auf das Jahr 1900 vertheilten sich auf die einzelnen Klassen (für einen Versicherten 50 Wochenbeiträge gerechnet), die ca. eine Million Versicherten folgendermaßen:

Personen	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	5. Klasse	über 1150
111 763			350	550		
229 681			550	850		
282 048			850	1150		
165 608						
119 899						

Hieraus geht hervor, daß der 2. Klasse, die die Einkommen von 350 bis 550 Mark umfaßt, der größte Theil der Versicherten angehört. Und diesen schwer um ihre Existenz kämpfenden Schichten soll durch den unsinnigen Polltarif der Kampf noch schwerer gemacht werden.

Noch eine Nachwehe vom Herner Krawall. Bei Gelegenheit des Herner Bergarbeiterstreiks soll der Arbeiter Casimir Urbanik Abends mehrere von der Arbeit heimkehrende Arbeitswillige bedroht haben. Zwei Jahre lang brachte die Sonne es nicht an den Tag, nun aber verfiel er der rächenden Nemesis. Wegen versuchter Nötigung verurtheilte die Bochumer Strafkammer den Sünder zu der drakonischen Strafe von 5 Monaten Gefängniß.

Der Gewerksverein „Christlicher Bergarbeiter Deutschlands“, der Sonntag seine Generalversammlung im Ciel abhielt, wählte Brust aus Alteneffen abermals zum ersten Vorsitzenden, trotzdem sich die Dessenlichter in den letzten Jahren mehrfach mit Brust in wenig rühmlicher Weise zu beschäftigen hatte. Ferner nahm die Generalversammlung eine Resolution gegen die Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne an. Sie befürwortet, bei Entlassungen zuerst fremdländische Arbeiter zu entlassen und erwartet von der Regierung einen Gesetzesentwurf zur Reform des Berggesetzgebung.

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker tagte in Berlin am 31. d. Mts. bis 3. Februar: Sonnabend fand eine Beschlusfassung über die Lokalzuschlägeprotokolle seitens der Eingabe einer großen Anzahl von Druckern statt. Beschlossen wurde eine Abänderung da, wo die Kreisämter (für den Kreis I in Hannover) die Prinzipale nicht geladen, ferner für die Orte, die über eine Lokal-

zuschlags-erhöhung von mehr als 5 Prozent hinausgegangen, oder wo gegenüber anderen Orten mit gleichen Löhnerungsverhältnissen die Fesseln wurden als zu hohe erschienen. Bei formalen Bedenken wurden meistens die alten Lokalzuschläge von Neuem beschlossen. Die Schleswig-holsteinischen Städte Kiel (20 Proz.), Neumünster (5 Proz.) und Pinneberg (5 Proz.) behielten ihre alten Zuschläge; der Flensburger Protokoll (12 1/2 Proz.) war im letzten Augenblick zurückgezogen worden. Dagegen wurde der Lübecker Lokalzuschlag aus prinzipiellen Gründen von 12 1/2 auf 10 Proz. (?) herabgesetzt, ferner Bremerhaven-Oestemünde-Löhe von 15 auf 12 1/2, Detmold von 5 auf 2 1/2, Rostock von 10 auf 7 1/2, Braunschweig von 15 auf 12 1/2, Koburg wurde zur Verständigung Herabsetzung von 5 auf 2 1/2 Prozent für die nächsten drei Jahre bewilligt (von beiden Parteien beantragt). Apolda, Weissenfels und Wittenberg (bisher kein Lokalzuschlag) wurden um 2 1/2 Proz. (von 7 1/2 auf 5) herabgesetzt, Köthen von 5 auf 2 1/2, der Bernburger Lokalzuschlag (5 Proz.) ganz gestrichen, Müchhausen in Folge Antrages beider Parteien von 5 auf 2 1/2 Prozent herabgesetzt, Gera erlitt eine Erhöhung von 12 1/2 auf 10 Proz., weil Magdeburg und Halle (Kreisvororte) auch nur 10 Prozent haben, was als unzulässig den Kreisämtern durch vorher gegebene Instruktion bekannt sein sollte. Zwickau reduzierte man von 7 1/2 auf 5 Proz., Lüneburg von 5 auf 2 1/2, Osnabrück von 5 auf 2 1/2 Proz., Neustrelitz wurde auf Antrag beider Parteien der Lokalzuschlag von 5 Prozent wieder genommen, Oldenburg von 7 1/2 auf 6 2/3 Proz. reduziert, Hildesheim von 5 auf 3 Prozent. Wie bisher (7 1/2 Prozent) blieben Naumburg, Eisenach und Gotha, ferner Wolfenbüttel (2 1/2 Proz.), dessen Prinzipale Streichung und dessen Gehülfsen Erhöhung auf 5 Prozent beantragt hatten. Auf 5 Proz. blieben Dessau, Zeitz und Halberstadt. Das Minimum beläuft sich für 23 Jahre alte Gehülfsen ohne Lokalzuschlag auf 22,50 Mark. Im Falle Oldenburg wird dasselbe von 24,20 auf 21 Mark reduziert. Es ist dies, wie man dem „Hamb. Echo“ schreibt, der erste Fall, daß ein Tarifausschuß nach Inkrafttreten des Tarifgesetzes eine so bedeutende Anzahl von Druckern im Preise herabgesetzt. Befriedigung wird das in Gehülfsenkreisen schwerlich hervorgerufen. Die Lokalzuschläge sind vom 1. Januar d. J. ab nachzuzahlen.

Ein Vorbild kapitalistischer Praxis den Privatunternehmen zu geben, scheint der höchste Ehrgeiz der freisinnigen Berliner Stadtverwaltung zu sein. Eine jüngst ergangene Verfügung des Berliner Oberbürgermeisters bestimmt Folgendes: Bezüglich der Zuwendungen der Arbeiter und Bediensteten der Stadtgemeinde in Krankheits- und Beurlaubungsfällen sind bisher, soweit nicht die Urlaubsordnung einen Anhalt bot, bei den einzelnen Verwaltungen einseitige Grundsätze nicht beobachtet worden. Wir haben deshalb die nachstehenden Normen aufgestellt, welche fortan — unbeschadet der Bestimmungen der Urlaubsordnung vom 1. Juni 1900 — allen Stellen der städtischen Verwaltung zur Richtschnur dienen sollen: 1. Die Rechtswirkung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der kein zwingendes, sondern nachgiebiges Recht bildet, ist durch die Arbeitsordnung oder den sonstigen Dienstvertrag auszuschließen. 2. In Krankheitsfällen ist der Lohn stets nur nach Abzug des Krankengeldes und in der Regel nicht länger als vier Wochen zu gewähren. 3. In Fällen der militärischen Einziehung zu den 12—14 Tage währenden Landwehrlübungen ist der Lohn nach Abzug der reichsgesetzlichen Unterstufungen fortzuzahlen. Bei der Einberufung zu den Reserve- oder anderen längeren Übungen ist das Arbeitsverhältnis aufzulösen. 4. In allen anderen Fällen bleibt es den zuständigen Verwaltungsabteilungen überlassen, für eine nicht erhebliche Zeit der Dienstversäumniß den Lohn oder das Entgelt fortzuzahlen. 5. Bei denjenigen Bediensteten, welchen neben dem Lohn noch Kost oder Wohnung erhalten, wie Wärter

oder Wärterinnen in Kranken- und anderen Anstalten, Hausdiener, Köchinnen etc., bewendet es in Krankheits- und Urlaubsfällen bei den zur Zeit in Übung befindlichen Grundsätzen. — In der Zeit der Krise, in der jeder Einsichtige eine erhöhte Fürsorge für die Arbeiter geboten erachtet, erscheint diese Verfügung, die einseitig das Unternehmerinteresse vertritt, doppelt erwähnenswert.

Die Arbeiterinnen für Parlamentswahlen. Die Arbeiterinnen der englischen Grafschaften Yorkshire und Cheshire haben eine große Petitionsbewegung ins Werk gesetzt. In einer solchen Petition fordern sie Theilnahme an den Parlamentswahlen.

Mit dem Parteikonflikt in Nürnberg hatte sich, wie schon kurz gemeldet, am Freitag die Generalversammlung des dortigen sozialdemokratischen Vereins zu befassen. In einer außerordentlichen Sitzung des Parteiausschusses, die vor einigen Wochen zu dem Zwecke einberufen war, um die Beziehungen zwischen einzelnen Genossen auszugleichen und eine Verständigung herbeizuführen, und an der vom Berliner Parteivorstand die Genossen Pfannkuch und Gerisch theilnahmen, hatte Genosse Scheidemann in Erwiderung eines Angriffs den Genossen Herrmann beschuldigt, daß er der Miturheber eines in dem freisinnigen „Frank. Kurier“ erschienenen, Parteiangelegenheiten behandelnden Artikels sei. Dieser Artikel war im Jahre 1900, kurz nach dem Tode Dertels, erschienen und berichtete über eine Zusammenkunft einer Anzahl von Parteigenossen, die mit dem Vorgehen der Nürnberger Parteileitung bei der Uebernahme des Parteigeschäftes nicht einverstanden waren. Auf den erwähnten Wortwurf Scheidemanns hin wurde der bayerische Landesvorstand als Schiedsgericht bestimmt. Das Schiedsgericht tagte am 26. Januar und stellte durch Zeugen sowie durch das offene Geständniß der Beteiligten fest, daß der betreffende Artikel von den Genossen Herrmann, Eisinger, Speyerer und Scherm gemeinsam verfaßt und in den „Kurier“ lancirt wurde. Die Angeeschuldigten brachten vor, daß sie im Parteinteresse zu handeln glaubten, sie hätten den „Kurier“, der immer Artikel aus angeblich „sozialdemokratischen Kreisen“ brachte, hineinlegen und absprechen wollen, fernerhin solche Zuschriften zu bringen. Es sollte auch die Opposition durch das Erscheinen eines Berichtes über ihre Zusammenkunft in einem gegnerischen Blatte ruhig gemacht werden und dadurch einer Zerspaltung der Parteikräfte vor der Erstagwahl, die damals vor der Thüre stand, vorgebeugt werden. Das Ergebnis der Schiedsgerichtsverhandlungen lag am Donnerstag dem Parteiausschusse vor, der zu dem Beschlusse kam, der Generalversammlung keine mildere Beurtheilung des Falles, sondern eine strenge Strafe, und zwar den Ausschluß aus dem Sozialdemokratischen Verein vorzuschlagen. In der Generalversammlung, der auch der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Südekum anwohnte, entspann sich eine längere Debatte für und wider. Ein Theil der Redner war für rücksichtsloses Vorgehen, andere wollten mildere Umstände gelten lassen und nicht den Ausschluß, sondern nur einen strengen Tadel unter Anerkennung der Ehrenämter verhängt wissen, wieder andere plaidirten für eine Ausnahme in Bezug auf den Genossen Scherm, dessen Schuld in dieser Sache geringer sei. Von Scherm selbst lag ein Brief vor, worin er bemerkte, er erachte bei der gegenwärtigen Aufregung und Verwirrung den Versuch für aussichtslos, die Generalversammlung durch persönliche Erklärungen zu einer objektiveren Würdigung der Angelegenheit zu bringen. Daher bleibe er der Versammlung fern. Er verwies darauf, daß er der Partei über 30 Jahre angehöre und über 17 Jahre Leiter des Vereins gewesen sei. Während dieser Zeit habe er sich gern jeder Arbeit für die Partei unterzogen, diese Thätigkeit bilde einen Haupttheil seines Lebensinhaltes. Wenn er nun sehe, daß eine unglückselige That, begangen unter heute ihm selbst unerklärlichen Umständen, und die er aufrichtig bedauere, hinreichend sein solle, nicht nur all das, was er im Leben für die Partei gethan, aufzuwiegen, sondern auch noch hinreichen solle, ihn auszu-

Joseph Coney.

Roman von John Law.

Aus dem Englischen von J. Cassirer.

25. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten).

Sette öffnete die Thür, und Polly begab sich rasch nach oben, in ihr Schlafzimmer. Hier versuchte sie die schwarzen Flecken, die Jos' Finger in ihrer Hand zurückgelassen hatten, weg zu waschen; sie schienen ihr sagen zu wollen: „Du kleine Schlange.“ Ihr, die so lange in dem Bewußtsein, stets rechtschaffen gehandelt zu haben, gelebt hatte, war es sicherlich nicht angenehm, sich das sagen lassen zu müssen. In ihrem Köpfe suchte sie nach allen nur irgend möglichen Gründen, mit denen sie ihr Gewissen beschwichtigen könnte; und immerzu hörte sie seine Worte: „Du kleine Schlange.“

Es wurde spät, aber sie ging nicht hinunter zum Abendbrot. Sie saß am Tische und suchte nach Gründen, um ihr Benehmen gegen Jos zu entschuldigen. Schließlich beruhigte sie sich mit dem Gedanken, daß, wenn sich Jos wohl auch in der nächsten Zeit unglücklich fühlen, er aber doch darüber hinwegkommen würde. Und sie nahm sich vor, sehr liebenswürdig gegen ihn zu sein. Sie wollte ihn jeden Sonntag zum Mittagbrot einladen, natürlich würde er kommen, ganz genau so, wie Onkel Cohn zu ihrer Mutter kam. Allmählich mußte er ja auch zur Einsicht kommen, daß sie nicht jemand heirathen könnte, der „keine Arbeit“ hatte und noch dazu jemand, der kein Methodist war.

Mrs. Elwin kam nach oben, um das Gas auszu-drehen, und begab sich dann in das angrenzende Schlafzimmer. „Ausschlag?“ hörte Polly ihre Mutter verächtlich zu einem Kaufmann aus Algier sagen, der krank zu Bett lag. „Was Ausschlag? Ihr fremdes Volk glaubt gleich zu sterben, wenn Euch ein Fingernagel weh thut. Von den

Bettlaken hätten Sie ihn bekommen! Unfinn! Der Aus-schlag kommt nicht von Ansteckung, sondern er liegt in der Körperkonstitution. Sie haben sich erkältet, als Sie gestern mit den Füßen im Wasser standen. Geschlecht Ihnen ganz recht! Der Ausschlag kommt von Ihrer heidnischen Lebensweise. Der Ausschlag liegt im Blut und in der Körperkonstitution.“

Hierauf öffnete Mrs. Elwin die Thür zu Pollys Zimmer und fragte sie:

„Warum bist Du nicht nach unten zum Abendbrot gekommen?“

„Ich hatte keinen Appetit“, antwortete das Mädchen.

„Was fehlt Dir denn?“

„Ich habe Kopfschmerz.“

Mit ihren durchdringenden blauen Augen das Mädchen scharf ansiehend, fragte sie: „Hat sich vielleicht William Ford schon erkältet, Polly?“

„Ach, Mutter, laß' mich heut' allein“, bat Polly. „Ich habe solche Kopfschmerzen.“

Mrs. Elwin war einst selbst ein junges Mädchen gewesen und wußte daher ganz gut, was das zu bedeuten hat. Sie verließ, ohne noch ein Wort zu sagen, das Zimmer und dachte bei sich:

„Die Sache ist in Ordnung, Polly wird es mir schon morgen beim Frühstück erzählen.“

Kaum hatte sich die Thür hinter Mrs. Elwin geschlossen, als Polly zu ihrer Kommode ging und daraus eine Schachtel nahm, in der mehrere Briefe von Joseph Coney lagen. Sie waren mit großen, ungeübten Schriftzügen, wie wohl ein Schuljunge schreiben mag, geschrieben; ihr Inhalt bestand aus Sätzen, die ganz gut aus einem Schulbuch abgeschrieben sein konnten. Als Polly sie las, merkte sie, daß er sich doch recht unglücklich fühlen mußte. Er schrieb „unglücklich“ mit einem großen „U“ und sagte in seinen Briefen, wenn der allmächtige Gott ihm nur Arbeit geben wollte, so würde er nichts weiter von ihm erbitten. Auch mußte sie sich bei der

Sektüre dieser Briefe sagen, daß Jos doch kein Atheist war, denn in den Briefen sprach sich eine so große Ergebung aus, daß sie einer vollständigen Entsagung glich.

„Armer Jos“, rief sie unwillkürlich und legte dann den Brief in die Schachtel zurück, in der sich auch eine Photographie von William Ford befand.

Während sie noch mit dem Fortlegen der Briefe beschäftigt war, öffnete sich leise die Thür, und Sette trat ein. Das kleine Dienstmädchen trug einen kurzen Unterrock, der ihre nackten Füße sehen ließ, das Haar hatte sie in Lockenwicklern aufgerollt, was ihr ein komisches Aussehen gab; die Augen waren weit geöffnet und zeigten einen starren Blick, als ob sie eben erst aus einem bösen Traum aufgewacht wäre.

„Fräulein Polly“, rief sie leise, „Fräulein Polly, ich hatte sehr aber solch fürchtbaren Schreck.“

„Nun“, fragte Polly, „was war's denn? Erzählen Sie doch.“

„Ich sah, wie Sie in Ihrem Sarge lagen. Hu, hu... Ach, waren Sie aber eine schöne Leiche, Fräulein!“

Polly schauderte.

„Gehen Sie zu Bett, Sette“, meinte Polly. „Das kommt von den dummen Geschichten, die Sie immer lesen, daß Sie solchen Unfinn träumen. Wenn Sie nicht gleich aufhören zu weinen, rufe ich Mutter.“ Sie wollten sich wasch-schämen.“

Sette verließ das Zimmer und trocknete sich die Thränen mit ihrem Unterrock. Mit ihren nackten Füßen ging sie die Treppe hinunter nach ihrer Küche, in der auf einem Tische ein Licht flackerte, neben dem Teller und Schüsseln, Tassen und Pfannen standen und des Aufgewaschenwerdens harrten.

Auf dem niedrigen Bette lag eine Matratze. „Auf“, rief Sette, in die Hände klatschend. „Fort mit dir, du Miststück.“

schließen, dann bleibe ihm keine andere Wahl, als auszutreten und dadurch dem Verein die Begehung eines Unrechtes zu ersparen. In Konsequenz seines Austrittes werde er auch sein Landtagsmandat niederlegen. Die Versammlung kam zu dem Beschlusse, alle in der Versammlung von verschiedenen Rednern eingebrachten Anträge abzulehnen, dagegen den Antrag des Ausschusses auf Ausschluß aller Beteiligten anzunehmen. Es wurde ferner beschlossen, das Parteisekretariat beizubehalten. An Stelle des Genossen Herrmann wurde dann Genosse **Leist** als Parteisekretär gewählt.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Infolge Genusses von aus Nahland eingekauftem Schweinefleisch ist in der Ortschaft **Golubien** (Ostpreußen) eine ganze Anzahl Personen an Erischiose erkrankt. Eine Person ist bereits gestorben. — Ermordet und beraubt wurde die Arbeiterin **Bertha Niepolt** in ihrer Wohnung zu **Glogau**. Der Thäter ist in der Person des 16jährigen Schlosserlehrlings **Wilhelm Wenzauer**, eines Neffen der Ermordeten, ermittelt worden. Wenzauer hat die That bereits eingestanden. Das geraubte Geld hatte er im Keller vergraben. — Oberleutnant **v. Salisch**, welcher 1892 in Koblenz auf der Straße den jungen **Weimann** erschossen hat, hat sich, wie die „Kobl. Zig.“ meldet, in **Breslau**, wo er als Oberleutnant im Grenadier-Regiment Nr. 12 stand, in einer Drohkassette erschossen. **v. S.** wurde seiner Zeit zu zwei Jahren Festungshaft verurtheilt und nach einem Jahre begnadigt. — Das Landgericht in **Bauhen** hatte sich mit einem ganz ungewöhnlichen Fall von Untreue zu beschäftigen. Der in einer **Wollweberei** angestellte Buchhalter **Mohrhardt** schaffte große Waarenmengen bei Seite und brachte sie in zahlreichen deutschen Städten als aus Konkursen herrührend zum Verkauf. Einem Abnehmer gegenüber fingirte er eine „Firma **Cohn**“. Die Gelder ließ er sich nach den verschiedenen Orten postlagernd senden und die nothwendige umfangreiche Korrespondenz besorgte die Ehefrau **Mohrhardt's** nach dessen Diktat. Soweit überhaupt ermittelt werden konnte, hat dieser dem **Wollweberei** Geschäft in den letzten Jahren für 5400 Mark Waare gestohlen. Er wurde zu 6 Jahren und seine Frau zu 3 Jahren Zuchthaus, beide außerdem zu 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt. — Der in der **Uchener Sternberg** zu einem halben Jahre Gefängniß verurtheilte Student **Kremer** wurde auf ein Gnadengesuch des Rektors und des Senats der technischen Hochschule vom Kaiser völlig begnadigt. — Unter dem Verdacht der Ermordung der Rentiere **Egerhorst** in der Angartenstraße in **Wien** wurde der ehemalige Motorsführer der Straßenbahn, **Johann Fraunhofer**, verhaftet. Er giebt an, er habe nur stehen wollen, die Frau aber aus Furcht vor Entdeckung, als sie erwacht sei, getödtet. Seine Geliebte, **Karoline Höflinger**, die bei der Ermordeten wohnte, wurde wegen Verdachts der Mitwisserschaft gleichfalls verhaftet. — Sonntag explodirte auf der Station **Deutsch-Landsberg** bei **Graz** an der **Köflacher Bahn** der Kessel einer Güterzuglokomotive, wodurch der Maschinenführer und der Heizer, sowie zwei Bahnbeamte getödtet wurden. Die Ursache des Unfalles ist wahrscheinlich ungenügende Speisung der Lokomotive mit Wasser. — Die Ortschaft **Bleiburg** bei **Willach** ist größtentheils von Lawinen verschüttet. Viele Tödtet liegen unter dem Schnee. Eine Rettungaktion ist eingeleitet. (Nach den letzten amtlichen Meldungen sind Menschen glücklicherweise nicht zu Tode gekommen.) — Die Leiche des bei einer Ballonfabrik verunglückten Hauptmanns **v. Sigels** wurde in **Brüssel** bei **Antwerpen** in einer Kiste aufgefunden. Sie war infolge der entsetzlichen Verwundungen fast unkenntlich. **Dr. Link** befindet sich zur Zeit im Hotel de **Colonne** in **Antwerpen**; er hat anscheinend schwere innere Verletzungen erlitten, so daß er vorläufig noch nicht nach **Berlin** zurückreisen kann. — Aus allen Städten und Provinzen Frankreichs wird große Kälte gemeldet. Durch den Sturm ist schwerer Schaden angerichtet worden. Sechs Personen wurden in **Paris** erfroren aufgefunden. — Aus **Paris** wird gemeldet: Die gegen den Landwirth **Briere** in **Corancez**, den Mörder seiner fünf Kinder, vom Schwurgericht in **Chartres** verhängte Todesstrafe ist in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt worden. Der Prozeß hatte seiner Zeit großes Aufsehen, weil über die Grenzen Frankreichs hinaus, hervorgerufen. Das Todesurtheil verblüffte fast allgemein. Man brachte zwar dem verschlossenen Angeklagten keinerlei Sympathien entgegen, hielt ihn wohl auch der That für schuldig. Andererseits fehlte es aber an jedem strikten Beweise

für die Schuld **Briere's**. Die Aufhebung des Urtheils durch einen Gnadenakt des Präsidenten **Loubet** ist nunmehr am Sonntag erfolgt. — Im Geschäftsviertel der Stadt **Waterbury** in **Connecticut** brach Sonntag Abend Feuer aus, das sich bei dem herrschenden Sturm bald über ein Duzend Häuser ausgedehnt hatte. Um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends war das Feuer zum großen Theil gelöscht, es brach aber Montag früh von neuem aus. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Dollars. — Aus dem Zuchthaus von **Pittsburg** waren zwei zum Tode verurtheilte Zuchthäusler, die **Brüder Biddl**, unter Mithilfe der Frau des Gefängnißwärters entwichen. Sie hatten dabei drei Wächter überwältigt. Die Zuchthäusler sind nun in der Nähe von **Butler** gefangen worden. Die beiden Verbrecher wurden im Kampfe mit ihren Verfolgern durch Schüsse verwundet und liegen im Sterben. Frau **Stoffel** wurde im Kampfe erschossen. Einer der Polizisten ist verwundet. — Aus dem Schneesturm bei **Asmori**, dem, wie gemeldet, eine ganze Abtheilung japanischer Soldaten zum Opfer fiel, haben sich, wie bis Sonntag bekannt war, vier Offiziere und sieben Mann retten können. Es besteht wenig Hoffnung, noch mehr Leute lebend aufzufinden, zumal neue Schneestürme die Suche verhindern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Strafkammer in **Königsberg** den **Pantinenmacher Färber** zu einjähriger Gefängnißstrafe und nahm den Mann sofort in Haft. Der Staatsanwalt hatte nicht weniger als 2 $\frac{1}{2}$ Jahr Gefängniß beantragt! Anlaß zu der hohen Strafe bot eine unbegreiflich thörichte That des **Färbers**. Im vorigen Jahre wurde in einem Briefkasten ein an den Kaiser adressirter Brief gefunden, der auf dem Couvert schon ein böses Schimpfwort trug. Der an das Polizeipräsidium abgelieferte Brief enthielt nur blöde Schimpfworte. Da das Papier zu dem Briefe aus einem Schreibstampte, stellte die Kriminalpolizei bei dem Forschen nach dem Schreiber auch Ermittlungen in den Schulen an. Es wurde schließlich die Tochter des **Färbers** als die Schreiberin des Schmähdreies ermittelt und die weiteren Feststellungen führten zu dem Resultat, daß **Färber** dem Kinde den Brief diktiert hatte.

Aus unserem Soldatenschilder-Album. Wegen Mißhandlung Untergebener hatten sich Montag die beiden Unteroffiziere **Kustav Köhler** und **Robert Meng** von der 5. Kompanie des in **Braunschweig** garnisonirenden 92. Infanterie-Regiments vor dem Kriegsgericht der 20. Division (unter Vorsitz des Majors **Freiherrn v. Sühom**) zu verantworten. Köhler stammt aus **Trautenstein**, Meng aus **Braunschweig**. In der Verhandlung waren etwa 30 Zeugen und Oberstabsarzt **Dr. med. Kestel** und Stabsarzt **Dr. med. Friedrich** als Sachverständige geladen. Die Angeklagten werden beschuldigt, fortgesetzt Leute ihrer Korporalchaft schwer mißhandelt zu haben. Die Mißhandlungen bestanden in Ohrfeigen, Schlägen mit der Klopfpeitsche, Straßübungen, wie lange dauerndes Kniebeugen, Schemelfreden u. s. w. Besonders ist der **Muskettier Köhler** schwer mißhandelt worden, so daß er infolge dieser Mißhandlungen in **Melancholie** und **Geisteskrankheit** verfiel; er mußte als **Ganzinvalid** entlassen werden und kann nur leichte Arbeiten verrichten. Das Kriegsgericht verurtheilte den Angeklagten **Köhler** zu sechs Monaten, **Meng** zu neun Monaten Gefängniß. Außerdem wurde gegen **Meng** auf Degradation erkannt.

Ständesaamtliche Nachrichten

vom 26. Januar bis 1. Februar 1902.

Geburten.

a) Frauen. Namen und Beruf des Vaters.

21. Januar. Arbeiter **Johanna Heinrich Christian Vender**. 22. Arbeiter **Johanna Hermann Hedderu**. Werkmeister **Albert Ludwig Karl Müller**. 23. Kaufmann **Georg Ehrmann**. 25. Milchhändler **Karl Friedrich Jacob Benßen**. Selbsthülfer **Johannes Juriß**. 26. Selbsthülfer **Hermann Paul Carl Veder**. Arbeiter **Karl Friedrich Georg Niemann**. Maurerparlier **Heinrich Christian Hartwig Juch**. 27. Arbeiter **Johann Christian Friedrich Grötmann**. Arbeiter **Wolff Jüner**. Arbeiter **Johannes Delle**. Wilhelm Lehrensd. Kaufmann **Carl Johannes Heinrich Müß**. 28. Arbeiter **Johann Friedrich Karl Veder**. Arbeiter **Peter Jönsson**. Gehilfen **Ernst Wilhelm Julius Müller**. Arbeiter **Hans Heinrich Gahr**. 29. Lehrer und Kantor an **St. Petri** **Johann Friedrich Wilhelm Lange**. Maurer und Baumaterialhändler **Carl Heinrich Hermann Agrens** genannt **Vorde**. Straßenreiner **Carl**

Johann Theodor Thome. 29. Korrikorber **Wilhelm Friedrich Ludwig Brand**. 30. Bonarbeiter **Wilhelm Carl Friedrich Schulz**. 1. Februar. Arbeiter **Christoph Ernst Friedrich Giesenberg**, **Str. Anst.**

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

20. Januar. Musiker **Wilhelm Ferdinand Heinrich Dürkop**. 22. Kaufmann **Johann Wilhelm Bohnhoff**. Fabrikant **Angelo Bruffini**. 23. Zimmermann **Friedrich Heinrich Joachim Wulf**. 24. Arbeiter **Die August Johann von**. 25. Arbeiter **Heinrich Johann Lunow**. Dachdecker **Ferdinand Julius Rudolph Spiegel**. Arbeiter **Albert Eduard Ott**. 26. Arbeiter **Hans Joachim Heinrich Oldenburg**. Bureaugehülfe beim Grundbuchamt **Karl Friedrich Heinrich Martens**. Arbeiter **Karl Johann Christian Wiese**. Dr. phil. **Richard Biebermann**. Arbeiter **Hermann Paul Friedrich August Ferdinand Johann Grimm**. 27. Arbeiter **Gottlieb Heinrich Friedrich Armut Schmidt**. Maler **Heinrich Eduard Hermann Pünner**. Arbeiter **Heinrich Christian Friedrich Wiegand**. Arbeiter **Joachim Heinrich Jabs**. Gärtner **Rudolf Christian Wolffert**. 28. Arbeiter **Otto Gottlieb Johann Breiten**. 29. Schlosser **Friedrich Wilhelm Carl Mändow**. Maurer **Friedrich August Schulze**. Aufseher am Werk- und Zuchthaus **August Friedrich Joachim Freytag**. Arbeiter **Johannes Friedrich Ernst** **Jochim Mundt**. 1. Februar. Arbeiter **Carl August Friedrich Fied** (**Krempelsdorf**)

Storbefälle.

24. Januar. Schlossermeister **Ernst Carl Friedrich Wichmann**, 34 J. 26. Arbeiter **Joachim Peter Thomas Dechau**, 62 J. **Ullrich Klempau**, 3 M. **Adelheid** geb. **Benjamin**, Wittve des Handelsmannes **Abraham Morcaz Goge**, vorher **verw. Adler**, 91 J. **Karl Friedrich Heinrich Käthel**, 9 J. 27. **Anna Catharina Elisabeth** geb. **Obbe**, Wittve des Privatmannes **Johann Joachim Friedrich Brinder**, 70 J. **Catharina Magdalena Elisabeth** geb. **Dehom**, Wittve des **Maschinenbauers Benjamin Ferdinand Jänker**, 74 J. **Anna Maria Sophia Rogin**, 23 J. 28. **Henry Fritz Holst**, 1 J. **Müller Carl Heinrich Schnabel**, 53 J. 29. Eisenbahnarbeiter **Karl Friedrich Sommer**, 63 J. Arbeiter **Jürgen Peter Heinrich Hein**, 79 J. August geb. **Berndt**, Ehefrau des **Revisionsaufsehers Friedrich Karl Christian Lange**, 30 J. Privatmann **Johanna Heinrich Friedrich Greve**, 57 J. 30. **Martha Wilhelmine Auguste Patz**, 4 M. **Anna Catharina Magdalena** geb. **Kroll**, Ehefrau des Arbeiters **Johann Ludwig Carl Wasthieser**, 61 J. 31. Ein todtgeb. Knabe, B.: Arbeiter **Johannes Venter**. **Friederica Susanna** geb. **Gensich**, Wittve des Privatmannes **August Friedrich Christian Schless**, 88 J. **Fischer Friedrich August Christoph Steen**, 46 J. **Marie Dorothea Luise** geb. **Wilhelms**, Ehefrau des **Kutschers Joachim Heinrich Friedrich Denker** 37 J. **Anna Maria Caroline** geb. **Rambow**, Ehefrau des Arbeiters **Heinrich Christian Carl Bahke**, 68 J. Februar 1. **Jda August** geb. **Stolz**, Ehefrau des **Schwarzsteiners** **Eduard Heinrich Johannes Hagen**, 33 J.

Angeordnete Aufgebote.

27. Januar. Arbeiter **Carl Johann Heinrich Schütt** zu **Sternberg** und **Marie Catharina Friederike Keil**. Polizei-Offizier **Emil August Constantin Varg** zu **Berlin** und **Wanna Dora Oppermann** zu **Colbitz**. Maler **Reinhold Karl Fabrich** zu **Wanne** in **Wesfalen** und **Johanna Dora Ferber**. 28. Arbeiter **Martin Adamewski** zu **Huttz** und **Anna Marcinjak** zu **Alt Tschahy**. 29. Seemann **Carl Heinrich August Ludde** und **Agnes Christiane Catharina Kelling**, beide zu **Kiel**. 30. Geschäftsreisender **Hermann Conrad Anton Gielau** und **Henriette Eisa Vouquet**.

Eheschließungen.

28. Januar. Grenzauflcher **Wilhelm Karl Louis Ferdinand Klingberg** zu **Emlichheim** und **Anna Christiane Elisabeth Diefel**. Heizer **Abolf Karl Kottler** und **Marie Margaretha Elisabeth Grünau**. 29. Seemann **Christoph Georg Carl Martin Burmeister** und **Martha Henriette Caroline Hansen**. 31. Straßenreiner **Carl Ludwig Wilhelm Benthin** und **Louise Wilhelmine Denker** zu **Reipfeld**. Malermeister **Wilhelm Christian Meyer** und **Wittwe Elise Sophie Dorothea Niemann** geborene **Hirtich**. Arbeiter **Carl Ernst Leonhard Singelmann** und **Wilhelmine Charlotte Emma Behrer**. 1. Februar. **Nieter Johann Christian Carl Dietz** und **Henriette Helene Maria Hilpp**. Brauer **Carl Anton Jacobus Bachmann** und **Frieda Sophie Marie Elisabeth Reifer**. Arbeiter **Hermann Max Störbe** und **Anna Margarethe Frey**. Arbeiter **Johann Wilhelm Ferdinand Langhans** und **Wittwe Anna Maria Catharina Elisabeth Fied** geb. **Fankelow**. **Nieter Friedrich Wilhelm August Samoot** und **Frieda Johanna Dorothea Jung**. Schlosser **Georg Dister** zu **Woisling** und **Anna Elisabeth Dorothea Präussmann**.

Sternschlag-Viehmarkt.

Hamburg 4 Februar.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugesührt waren 2560 Stück, davon vom Norden — vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — M. 27—30, schwere 60—61 M., leichte 59—61 M., Gansen 53—58 M. und Ferkel 57—60 M. pr. 100 Stk.

Der Kälberhandel verlief flau.

Zugesührt wurden 1830 Stück. Preise: Weite 78—93 M., geringere 58—75 M. pr. 100 Stk.

Die Matte verschwand unter dem Bett, in dessen Decken Seite hineintrieb.

„Ich würde Fräulein **Bolly** ganz gern haben, wenn sie mich nur nicht immer fortjucken wollte“, sagte **Zette** zu sich. „Es ist so unheimlich, hier allein in der Küche zu sein, und der Traum hat mir Angst gemacht. Ich wollt' nur mal sehen, ob ihr nichts zugepfloßen war. Sie ist aber immer so stolz.“

Sagwischen hatte sich auch **Bolly** angeschlossen, und wie sie von **Kindheit** an gewohnt war, kniete sie nieder, um ihr Gebet zu verrichten. Aber die Worte wollten ihr nicht von der Zunge, und mitten im Sahe blieb sie stehen. Sie hatte **Jos** nicht die **Erne** gehalten, und was noch schlimmer war, sie war auch nicht **trau** gegen den **Gott** der **Methodisten** gewesen. Wenn sie sich auch die Hände gewaschen hatte, die zwischen **Hände** darauf riefen ihr doch zu: „Du kleine Schlange!“ **Womit** sie auch immer später ihre Handlungsweise beschönigen wollte, unanständig tief es ihr immer zu: „Du hast gelogen, Du hast ein Gelübde gebrochen.“

In dem angrenzenden Schlafzimer lag der **Danzmann** aus **Algier** und **schmachtete**. Es war wirklich traurig, in einem Hause, in dem **Türken**, **Ungläubige** und **Kezer** ihr **Beien** trüben, leben zu müssen und sich noch dazu als „Schlange“ zu fühlen.

„Ach **Gott!**“ begann sie von **Neuem** ihr **Gebet**. Aber sie konnte es nicht weiter sagen.

„Wo war **Joseph Coney**?“ Er hatte so klug und höflich ausgesehen und das **Age** hatte er mit einem **Taschentuch** verwischt gehabt.

„Ach **Gott!**“ begann sie nochmals. Dann ging sie zu **Bett**, denn es war ihr unmöglich, das **Gebet** weiter zu sagen.

In **Hause** war es nun ganz still geworden. **Bolly** konnte des **Ticken** der **Uhr** hören und es schien ihr, als ob

es sagte: „Du kleine Schlange“. Ohne den Schlaf finden zu können, warf sie sich unruhig von einer Seite auf die andere, und die Uhr tickte immer weiter: „Schlange Du, Schlange Du.“

XVIII.

Jos ging die Straße hinunter, vor sich hinsprechend: „Die kleine Schlange.“

Er fühlte sich wie betäubt und es dauerte wenigstens fünf Minuten, ehe er sich vergegenwärtigen konnte, was eigentlich geschehen war. „Die kleine Schlange!“ entfuhr es dem **Gehege** seiner **Zähne**. Dann brach er in dasselbe **Lachen** aus, das jetzt vor vier Wochen am **Neilson-Denkmal** am **Tranfalger-Quare** die **Schlafers** aufgeschreckt und an den **Säulen** der **Nationalgalerie** einen **Wiederhall** gefunden hatte, ein **Lachen**, das keine Spur von **Freudigkeit** oder guter **Laune** ausdrückte, sondern jene **Bitterkeit** und **Verachtung**, die ungerechter **Behandlung** entspringen.

Auf einmal erinnerte er sich **Bolly's** letzter Worte: „Ich heirathe einen gottesfürchtigen jungen Mann, der sein geregeltes Einkommen hat.“

Er blieb stehen, denn die **Eifersucht** hatte sich seiner bemächtigt. Bis heute Abend hatte er auf **Bolly** zu sehr vertraut, als daß er eifersüchtig geworden wäre. Wenn er sie von ihrem **Klassenleiter** sprechen hörte, hatte er wohl manchmal geacht: „Ich wünschte, ich könnte auch in der **Küche** arbeiten, wo's ja auch in stillen Zeiten regelmäßig **Geld** giebt.“ Aber daß **Bolly** ihn hintergehen würde, war ihm nie in den Sinn gekommen, denn er hatte sie stets als ein höheres **Wesen** angesehen, als ein **Wesen**, das weder eine **Lüge** sagen, noch ein **Verprechen** brechen konnte; und hierzu kam noch, daß ihre letzten Worte zu ihm gelaunt hatten: „Es wird ja noch alles gut werden, **Jos**“, und diese Worte hatte er sich immer und immer wieder in den trüben Tagen und Wochen wiederholt, in denen er keine

Arbeit finden konnte. Diese Worte hatten ihn auf den **Tranfalgar Square**, in das **Arbeitshaus** und auch in das **Gefängniß** begleitet. Wenn er sie sich wiederholte, war es ihm so, als sähe er das schöne blonde Haar, die zierliche Gestalt und das bescheidene Gesicht des schönen **Methodistenmädchens** und höre sie sagen: „Ich werde nur Dich oder niemals heirathen.“ Dann hatte er in seinen Gedanken ein Bild von **Tagen** herauf beschworen, die ganz bestimmt später einmal kommen mußten, eine Zeit, in der er beständige Arbeit und guten Lohn dafür haben würde.

„Das muß ein Irrthum sein“, sagte er zu sich. Aber hatte sie ihm nicht deutlich genug erklärt: „Ich will Dich nicht heirathen, **Joseph Coney**; ich heirathe einen gottesfürchtigen jungen Mann mit einem geregelten Einkommen?“

Übermal's lachte er und stampfte heftig mit dem Fuß auf. Er hätte eigentlich wissen können, daß sie ihn so hintergehen würde. Warum ließ er sie auch so ganz allein ihren Weg gehen. Er hätte ganz gut wissen können, daß ihre Mutter ihn nicht leiden mochte, und daß auf ein solch hübsches Mädchen wohl ein halb Duzend Männer warten mußten. Warum hatte er diesen Briefen getraut? Hätte er sie damals, als er seinen Anzug von dem Pfandleiher geholt hatte, besucht, dann wäre es doch wohl anders gekommen.

Die Vorübergehenden beachteten ihn nicht. Wenn man stehen bleiben wollte, um über das blasse Gesicht oder den starren Blick irgend jemandes, der einer **Widwau** gleich unbeweglich auf der Straße steht, sich Vermuthungen hinzugeben, dann würde man nicht die Zeit finden, sich um sein eigenes Geschäft zu kümmern. Nicht neben ihm spielte ein **Leierkasten**. In der Ferne ließ sich **Trommelklang** vernehmen; er aber hörte ihn nicht. In seinen Gedanken verjunkten fand er da, während Hunderte von Leuten an ihm vorüber gingen. (Fortsetzung folgt)